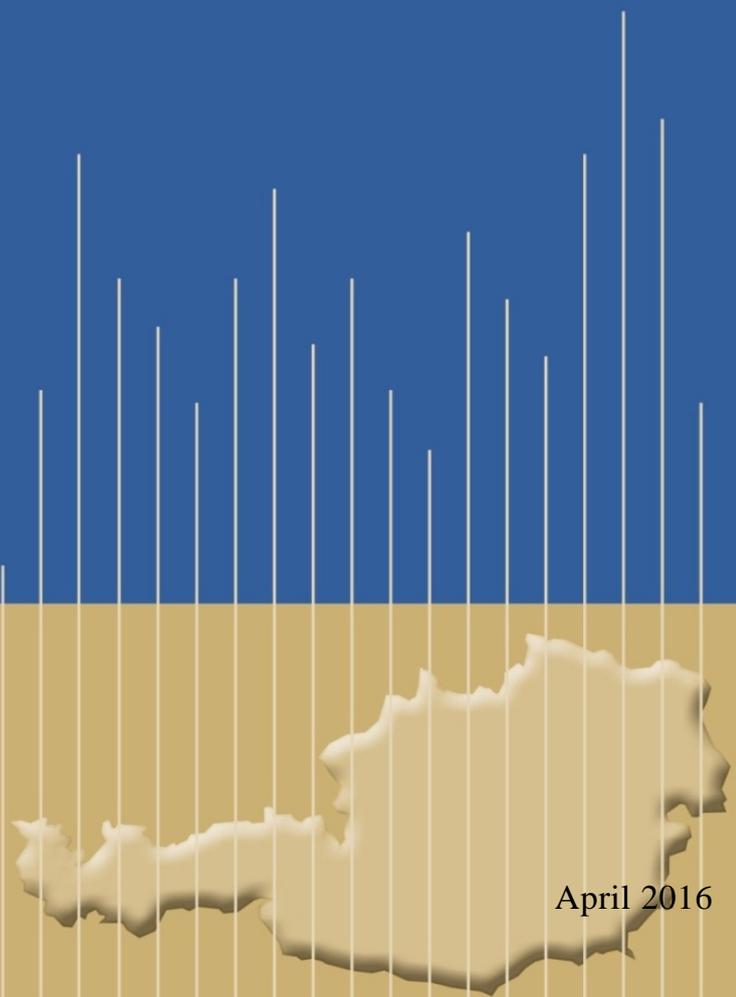


# FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN

Stabilität und Sicherheit.

April 2016





# Inhalt

---

Kennzahlen	4
Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich	6
1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum	8
1.1 Österreichs Wirtschaft weiterhin eine der leistungsstärksten im Euroraum	8
Volkswirtschaftliche Auswirkungen des aktuellen Zuzugs von Asylwerbern auf Österreich	9
1.2 Österreichs Exporteure trotz abnehmender preislicher Wettbewerbsfähigkeit weiterhin erfolgreich	14
1.3 Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand werden stark von Sonderfaktoren beeinflusst	18
2 Weiterhin Herausforderungen für österreichische Banken	22
2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden	22
2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken nach wie vor auf CESEE fokussiert	24
2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen tragen zur Finanzmarktstabilität bei	27
2.4 Einschätzung von Europäischer Kommission und IWF zum österreichischen Bankensektor	29
2.5 Bankenunion: Harmonisierung aufsichtlicher Agenden schreitet voran	30
3 Tabellenanhang	33

Redaktionsschluss: 31. März 2016

# Kennzahlen

Redaktionsschluss: 31. März 2016

## Kennzahlen – Realwirtschaft (OeNB-Prognose, Dezember 2015)

	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	2014	2015	2016	2017
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>	<i>in Mrd EUR (gleitende Summen über 4 Quartale)</i>								
Bruttoinlandsprodukt, nominell	329,7	331,2	333,0	335,0	337,2	329,7	337,2	349,6	361,5
	<i>Veränderung zur Vorperiode in % (real)</i>								
BIP	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,7	1,9	1,8
Privater Konsum <sup>□</sup>	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	1,6	1,4
Öffentlicher Konsum	0,0	0,2	0,3	0,3	0,6	0,8	0,8	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	0,2	0,4	0,6	0,5	-0,1	0,4	2,3	2,2
Exporte insgesamt	0,1	0,2	0,8	1,4	0,7	2,2	2,2	3,9	4,5
Güterexporte	-0,3	0,2	1,3	1,6	1,0	2,0	2,3	4,1	4,5
Importe insgesamt	0,0	0,4	1,0	2,1	1,3	1,1	2,2	3,6	4,3
Güterimporte	-0,2	0,5	1,2	2,0	1,0	0,5	2,0	3,9	4,2
	<i>in % des nominellen BIP</i>								
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>						1,9	2,6	2,8	3,1
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
<b>Preise</b>									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,3	0,6	1,0	0,9	0,7	1,5	0,8	1,3	1,7
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	1,5	1,5	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6	1,3	1,6
Lohnstückkosten	2,3	2,0	1,7	1,4	1,2	2,1	1,6	0,4	0,8
Produktivität	-0,7	-0,5	-0,1	0,3	0,4	-0,4	0,0	0,9	0,8
<b>Einkommen und Sparen</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,3	-1,6	-0,3	2,9	-1,0	0,6	-0,4	2,8	1,0
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>								
Sparquote	x	x	x	x	x	7,8	6,9	8,1	7,7
	<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>								
<b>Arbeitsmarkt</b>									
Unselbstständig Beschäftigte	0,3	0,3	0,2	0,3	0,4	0,9	1,1	1,2	1,1
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>								
Arbeitslosenquote (Eurostat)	5,7	5,5	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	6,1	6,3
<b>Öffentliche Finanzen</b>	<i>in % des nominellen BIP</i>								
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-2,7	-1,2	-2,0	-1,7
Schuldenstand	x	x	x	x	x	84,3	86,2	83,3	81,7

Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria; 2015 bis 2017: OeNB-Prognose vom Dezember 2015. x = Daten nicht verfügbar.

## Kennzahlen – Finanzwirtschaft

	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	2011	2012	2013	2014	2015
konsolidiert in Mrd EUR										
<b>Österreichisches Bankensystem</b>										
Bilanzsumme	1.078	1.105	1.079	1.076	1.057	1.166	1.164	1.090	1.078	1.057
Eigenmittel <sup>1</sup>	87,6	88,6	89,5	87,3	x	88,1	88,2	89,0	87,6	x
Auslandsforderungen CESEE <sup>2</sup>	184,8	189,6	197,1	197,9	195,8	216,1	209,8	201,8	184,8	195,8
konsolidiert in %										
<b>Strukturkennzahlen</b>										
Eigenmittelquote <sup>1</sup>	15,6	15,4	15,9	15,9	x	13,6	14,2	15,4	15,6	x
Tier 1-Quote <sup>1</sup>	11,8	11,6	12,2	12,2	x	10,3	11,0	11,9	11,8	x
Leverage <sup>3</sup>	5,7	5,7	5,9	5,9	x	5,8	6,1	6,5	5,7	x
Veränderung zum Vorjahr in %										
<b>Kreditentwicklung und -qualität (AT)</b>										
Kreditwachstum Kunden (Nichtbanken)	0,7	0,7	0,4	0,7	1,1	2,3	0,4	-0,4	0,7	1,1
Anteile bei Krediten an Kunden (Nichtbanken) in %										
Fremdwährungskreditanteil	11,1	11,7	11,3	10,5	10,2	17,3	14,4	12,3	11,1	10,2
Wertberichtigungsquote	3,3	3,3	3,3	3,1	3,0	3,2	3,3	3,5	3,3	3,0
Notleidende und uneinbringliche Kredite	4,4	4,4	4,6	4,3	4,3	4,5	4,7	4,1	4,4	4,3
konsolidiert in Mrd EUR										
<b>Ertragslage</b>										
Ergebnis nach Steuern	0,7	1,2	2,6	4,5	x	0,7	3,0	-1,0	0,7	x
konsolidiert in %										
Gesamtkapitalrentabilität	0,1	0,5	0,6	0,7	x	0,1	0,3	-0,04	0,1	x
Aufwand-Ertrag-Relation	69,1	62,2	60,3	61,7	x	66,4	61,7	73,0	69,1	x
in %										
<b>Tochterbanken in CESEE<sup>4</sup></b>										
Kredit-Einlagen-Quote	96,7	96,6	93,92	90,3	88,5	105,8	99,4	95,8	96,7	88,5
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert)	0,3	0,9	1,0	0,8	x	0,7	0,8	0,8	0,3	x
Aufwand-Ertrag-Relation	52,7	52,2	48,9	50,6	x	50,1	52,4	52,7	52,7	x
Wertberichtigungsquote	7,3	7,1	7,0	7,2	7,0	7,3	7,6	8,0	7,3	7,0
in Mrd EUR										
<b>Private Haushalte</b>										
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	583,2	595,3	597,7	592,4	x	528,0	548,7	566,9	583,2	x
Verpflichtungen - Kredite (Stand; passiv)	166,8	170,3	171,1	171,6	x	164,4	164,5	164,6	166,8	x
davon Fremdwährungskredite	25,4	27,5	26,7	24,9	x	38,7	32,9	28,4	25,4	x
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	19,5	21,4	20,8	19,5	x	27,7	24,3	21,5	19,5	x
<b>Unternehmen</b>										
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	469,9	485,8	484,0	488,2	x	390,6	410,7	448,6	469,9	x
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	712,4	734,8	729,8	734,9	x	606,2	646,0	692,7	712,4	x
davon Kredite und Wertpapiere	357,5	369,6	366,5	371,4	x	316,6	331,0	351,8	357,5	x
davon Anteilsrechte	261,0	263,0	263,9	269,7	x	216,6	226,8	248,3	261,0	x
<b>Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen</b>	<b>71,9</b>	<b>72,4</b>	<b>73,1</b>	<b>74,0</b>	<b>x</b>	<b>73,7</b>	<b>73,6</b>	<b>72,7</b>	<b>71,9</b>	<b>x</b>

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

<sup>1</sup> Da ab 2014 die Kennzahlen zur Eigenmittelausstattung auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

<sup>2</sup> Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

<sup>3</sup> Definition bis 2013: Tier 1-Kapital nach Abzugsposten in % der Bilanzsumme. Definition ab 2014 gemäß Basel III.

<sup>4</sup> Seit 2014 sind die anteilmäßigen Daten der Yapi ve Kredi Bankasi, einem Joint Venture der UniCredit Bank Austria in der Türkei, inkludiert.

X ... Daten zu Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

## Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich<sup>1</sup>

### Österreichs Wirtschaft ist leistungsstark

- Österreich wies im letzten Jahrzehnt ein höheres Wachstum und ein höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus. Seit 2014 fällt das BIP-Wachstum in Österreich jedoch hinter den Euroraum zurück.
- Österreichs Wirtschaft ist breit diversifiziert und verfügt über eine sektoral ausgewogene Wirtschaftsstruktur.
- Angesichts des hohen Beschäftigungsstands, der international niedrigen Arbeitslosigkeit und der geringen Streikhäufigkeit hält Österreich hinsichtlich sozialer Stabilität eine ausgezeichnete Position.
- Seit der Euro-Einführung 1999 liegt die durchschnittliche Inflationsrate in Österreich und im Euroraum bei 1,8%. Das Preisstabilitätsziel wurde somit erfüllt. Allerdings liegt die HVPI-Inflation Österreichs seit September 2012 zum Teil deutlich über jener des Euroraums.
- Auf dem österreichischen Immobilienmarkt kam es in den letzten Jahren zu keiner Überhitzung. Die Immobilienpreise stiegen in einigen Regionen und Marktsegmenten seit dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich, stehen aber in Österreich insgesamt im Einklang mit Fundamentalindikatoren.
- Die österreichische Sparquote (2015: 6,9%) ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 583 Mrd EUR bzw. 177 % des BIP.
- Die Verschuldung der privaten Haushalte liegt bei 52,2 % relativ zum BIP (Q3 2015); die Unternehmensverschuldung liegt mit 249,3 % des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 97 % des BIP (Q3 2015) unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Durch das hohe Beschäftigungswachstum bei gleichzeitig verhaltenem Wirtschaftswachstum verliert Österreich sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist sowohl regional als auch nach Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2015 wurden rund die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt und waren somit frei von Wechselkursschwankungen. Ein Drittel der Exporte ging 2015 nach Deutschland, 21 Mrd EUR in CESEE-Länder.
- Die seit dem Jahr 2002 jährlich erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse (2015: 2,6 % des BIP) bestätigen Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit. Infolge dieser Leistungsbilanzüberschüsse konnte die österreichische Volkswirtschaft ihre traditionelle negative Vermögensposition gegenüber dem Ausland ausgleichen; sie betrug im Jahr 2015 10,8 Mrd EUR (3,2% des BIP).
- Der Finanzierungssaldo verbesserte sich im Jahr 2015 signifikant auf -1,2%, gegenüber -2,7% des BIP im Jahr 2014. Die Gründe für die Verbesserung lagen in einem Rückgang der Vermögenstransfers zu Banken und in stärkerem Einnahmewachstum. Die markante Verschlechterung der Staatsverschuldung ist auf verschuldungserhöhende (aber nicht defiziterhöhende) Transaktionen mit verstaatlichten „bad banks“ zurückzuführen. Die Prognose für das Jahr 2016 zeigt eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos, hervorgerufen durch die Einkommensteuerreform und zusätzliche Ausgaben für Flüchtlinge.
- Zu Jahresbeginn 2016 wurde Österreich im Rahmen einer „in-depth review“, die Teil der „Macroeconomic Imbalance Procedure“ ist, von der Europäischen Kommission geprüft. Im Abschlussbericht der Europäischen Kommission wurde festgehalten, dass für Österreich keine Ungleichgewichte vorliegen.

---

<sup>1</sup> Redaktionsschluss: 31.März 2016.

## Weiterhin Herausforderungen für österreichische Banken

- Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken hat sich in den ersten drei Quartalen 2015 verbessert. Dies war jedoch vor allem auf eine Reduktion der Kreditrisikovorsorgen und Abschreibungen zurückzuführen und nicht auf eine Verbesserung im operativen Geschäft. Das Zinsergebnis, die wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Banken, war rückläufig. Angesichts des Niedrigzinsumfelds werden die Zinsmargen unter Druck geraten.
- Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich verbessert, allerdings sind die ausgewiesenen regulatorischen Kapitalquoten im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Zieht man die Leverage Ratio als Vergleichsmaßstab heran, schneiden die österreichischen Banken besser ab. Die Kapitalanforderungen werden sich graduell durch die Einführung des Systemrisikopuffers, den das Finanzmarktstabilitätsgremium beschlossen hat, erhöhen.
- Die Forderungen gegenüber CESEE blieben in den vergangenen Jahren relativ konstant. Allerdings zeigte sich gegenüber einzelnen Ländern eine unterschiedliche Entwicklung, die u. a. auch geopolitische Ursachen hat. Auch die Entwicklung der Profitabilität in CESEE ist weiterhin heterogen.
- Die im Bereich der Fremdwährungskredite gesetzten Maßnahmen der österreichischen Aufsicht wirkten sich weiterhin positiv aus. So reduzierte sich das ausstehende Schweizer-Franken-Kredit-Volumen in Österreich seit Oktober 2008 um mehr als die Hälfte. Dennoch bleiben die Risiken aus dem Bestand bestehen.
- Das im Jahr 2012 lancierte Nachhaltigkeitspaket trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CESEE bei. Die Kredit-Einlagen-Quote sank von 117% im Jahr 2008 auf 89% im Jahr 2015, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.
- Das Finanzmarktstabilitätsgremium diskutierte in seiner Sitzung im Februar 2016 über die Schaffung rechtlicher Grundlagen zur Adressierung von Risiken in der Immobilienfinanzierung. Um einen besseren Einblick in die aktuelle Situation bei der Hypothekarkreditvergabe zu erhalten, führte die OeNB eine Umfrage bei den österreichischen Banken zur Erhebung von international üblichen Indikatoren, wie etwa der Loan-to-Value-Ratio, durch.
- In den Jahren 2015 und 2016 kamen der Internationale Währungsfonds (Artikel IV-Konsultation) und die Europäische Kommission (Makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren) in Bezug auf das österreichische Bankensystem zu einer ähnlichen Einschätzung hinsichtlich der im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Kapitalisierung, der beschränkten Gewinnaussichten, der Risiken in CESEE und der Fremdwährungskredite. Positiv wurden die aufsichtlichen makroprudenziellen Maßnahmen wie der Systemrisikopuffer, das Nachhaltigkeitspaket und die Fremdwährungskreditmaßnahmen gesehen.
- Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM) nahm im November 2014 seine Tätigkeit auf und konnte im ersten Jahr mit der Einrichtung gemeinsamer Aufsichtsteams, der Operationalisierung der Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden und dem erstmaligen Abschluss des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) nach einer einheitlichen Methodik wichtige Schritte zur Harmonisierung der Aufsichtsmethoden setzen.
- Mit 1. Jänner 2016 wurde der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) in vollem Umfang umgesetzt. Vor Vollendung der Bankenunion durch das einheitliche Europäische Einlagensicherungssystem (EDIS) müssen die auf europäischer Ebene heterogenen rechtlichen Voraussetzungen noch vereinheitlicht werden. EDIS soll in drei Stufen errichtet werden und ab 2024 voll wirksam sein.

# 1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum

## 1.1 Österreichs Wirtschaft weiterhin eine der leistungsstärksten im Euroraum

### Österreichs Wirtschaftswachstum fällt derzeit hinter jenes des Euroraums zurück

Während die österreichische Wirtschaft zwischen 2006 und 2013 ein höheres reales BIP-Wachstum als der Euroraum (ausgenommen im Jahr 2010) aufweisen konnte, bleibt das Wachstum seit 2014 hinter jenem des Euroraums zurück. Der IWF erwartet eine Verkleinerung, aber kein komplettes Schließen dieser Lücke bis 2017. In diesem Jahr soll Österreich mit 1,4%, der Euroraum mit 1,6% wachsen.

Das schwächere BIP-Wachstum Österreichs im Vergleich zum Euroraum kann sowohl auf Entwicklungen im Euroraum als auch in Österreich zurückgeführt werden. Nachdem sich der Euroraum 2012 und 2013 in einer zweiten Rezession befand, erzielten einige Krisenstaaten wie Spanien und Irland – nachdem sie weitreichende strukturelle Anpassungen vorgenommen haben – derzeit ein deutlich höheres Wachstum als der Euroraum und heben somit den Durchschnittswert. Gleichzeitig verzeichnet Österreich in den letzten Jahren im Vergleich zum Euroraum eine höhere Inflation. Diese führt einerseits dazu, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur stagnieren und somit die Entwicklung des privaten Konsums gedämpft wird, und andererseits dazu, dass die österreichische Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verliert, was sich wiederum in der Exportentwicklung widerspiegelt.

Grafik 1

#### Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %; Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten

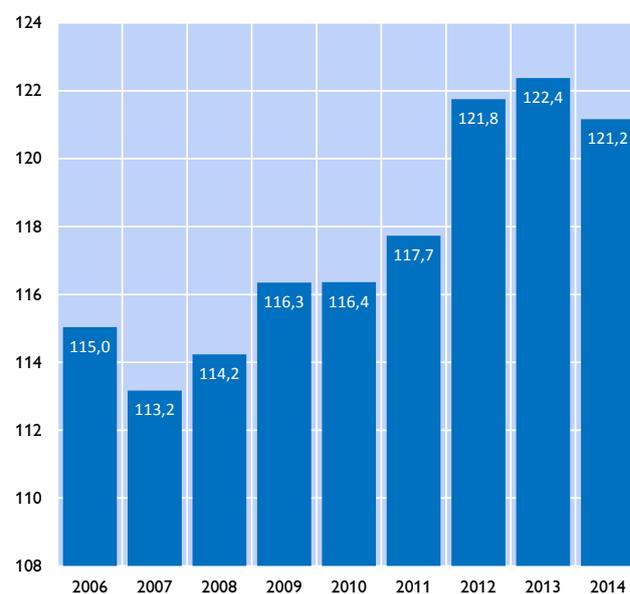


Quelle: Eurostat, IWF.

Anmerkung: 2016 bis 2017: IWF – World Economic Outlook vom April 2016.

#### Wohlstandsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards; Euroraum = 100



Im Jahr 2016 wird die österreichische Wirtschaft von zwei Sonderfaktoren profitieren: die Einkommensteuerreform und Ausgaben für Asylwerber und anerkannte Flüchtlinge. Inländische Prognoseinstitute erwarten einen signifikant positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Wie in Grafik 1 dargestellt, weist Österreich ein deutlich höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus.

## Volkswirtschaftliche Auswirkungen des aktuellen Zuzugs von Asylwerbern auf Österreich

Im Jahr 2015 wurden in Österreich rund 90.000 Asylanträge eingebracht. Im Jahr 2016 wird Österreich laut offiziellen Regierungsangaben nur 37.500 Asylanträge annehmen. Bedingt durch die hohe Anzahl von Schutz suchenden Menschen ist mit nicht unwesentlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Finanzen und die Wertschöpfung zu rechnen. Eine Analyse der Auswirkungen unterliegt einem hohen Ausmaß an Unsicherheit und kann nur basierend auf einer Reihe von Annahmen durchgeführt werden. Die vorliegende Analyse zeigt die erwarteten Effekte auf die österreichische Wirtschaft auf Basis der realisierten Daten für 2015 sowie der angekündigten Zahlen der Bundesregierung. Die öffentlichen Ausgaben werden annahmegemäß zur Gänze defizitfinanziert. Die Effekte auf die österreichische Realwirtschaft entsprechen somit ökonomisch jenen einer defizitfinanzierten expansiven diskretionären Fiskalpolitik.

Alle anderen getroffenen Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen Österreichs und anderer Länder mit Migrations- bzw. Flüchtlingsströmen und den aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Der für die Berechnung der realwirtschaftlichen Effekte herangezogene BIP-Multiplikator beträgt 0,9. Die der Abschätzung der budgetären Nettokosten (öffentliche Ausgaben bereinigt um induzierte öffentliche Einnahmen) unterlegte Budgetsensitivität beträgt 0,4. Unter Zugrundelegung eines Anteils positiv beschiedener Asylanträge von 60 % und einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 5,9 Monaten lässt sich bis 2017 eine Anzahl von 75.100 anerkannten Flüchtlingen erwarten (inklusive Familiennachzug). 60 % der Asylwerber sind im erwerbsfähigen Alter. Alle Personen mit einem positiven Abschluss des Asylverfahrens im erwerbsfähigen Alter erhöhen basierend auf den Zugangskriterien zum österreichischen Sozialsystem das Arbeitskräfteangebot. Nach internationalen Erfahrungen schafft es in den ersten Jahren nur ein kleiner Teil der anerkannten Flüchtlinge, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Das zusätzliche Arbeitskräfteangebot führt zu einem höheren Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft; die Höhe hängt vom Erfolg der Integration der Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt ab. Personen, die eine Beschäftigung finden, werden teilweise die ansässige (einheimische und ausländische) Bevölkerung aus der Beschäftigung verdrängen. In Summe führt das induzierte stärkere Wirtschaftswachstum aber zu einer Zunahme der Gesamtbeschäftigung und auch der Beschäftigung der ansässigen Bevölkerung sowie zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge, die teilweise die ursprünglichen Ausgaben des Staates wieder kompensieren. Nach den Simulationsrechnungen wird das BIP um 0,3 % höher und das BIP pro Kopf um 0,2 % geringer sein – kumuliert über die Jahre 2015/16 – als in einer Prognose ohne Zustrom von Asylwerbern. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition steigt insgesamt um 0,4 Prozentpunkte, wobei jene der ansässigen Bevölkerung aber um 0,15 Prozentpunkte sinkt. Die Beschäftigung steigt infolge des Multiplikatoreffekts um 8.000 Personen (anerkannte Flüchtlinge: +10.700; ansässige Arbeitnehmer: +10.000). Die fiskalischen Kosten bis inklusive 2016 betragen kumuliert 1,0 Mrd EUR.

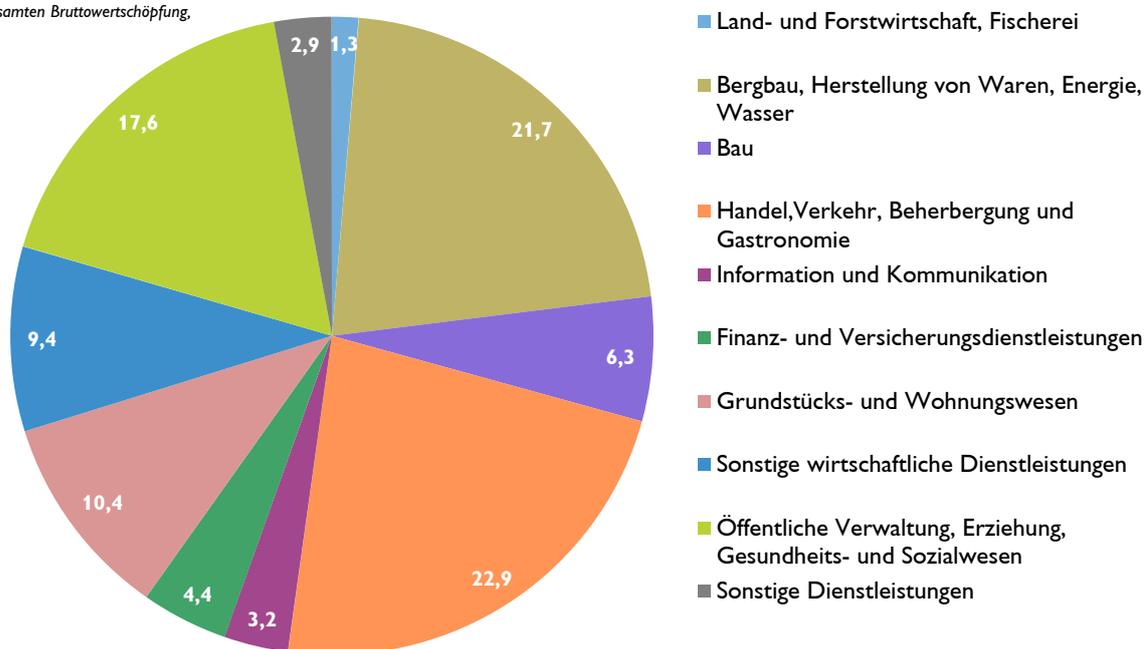
## Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

Die österreichische Volkswirtschaft baut auf einer sektoral sehr ausgewogenen Wirtschaftsstruktur auf. Der Bereich der nicht öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen mit einem Anteil von knapp über 30 % trägt am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils knapp über 20 % folgen der Bereich *Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser* sowie der Bereich *Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie*. Österreich weist zudem eine hohe Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung aus. Der Bausektor kommt auf einen international vergleichsweise geringen Wertschöpfungsbeitrag von rund 6,3 %.

Grafik 2

### Bruttowertschöpfung 2015 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

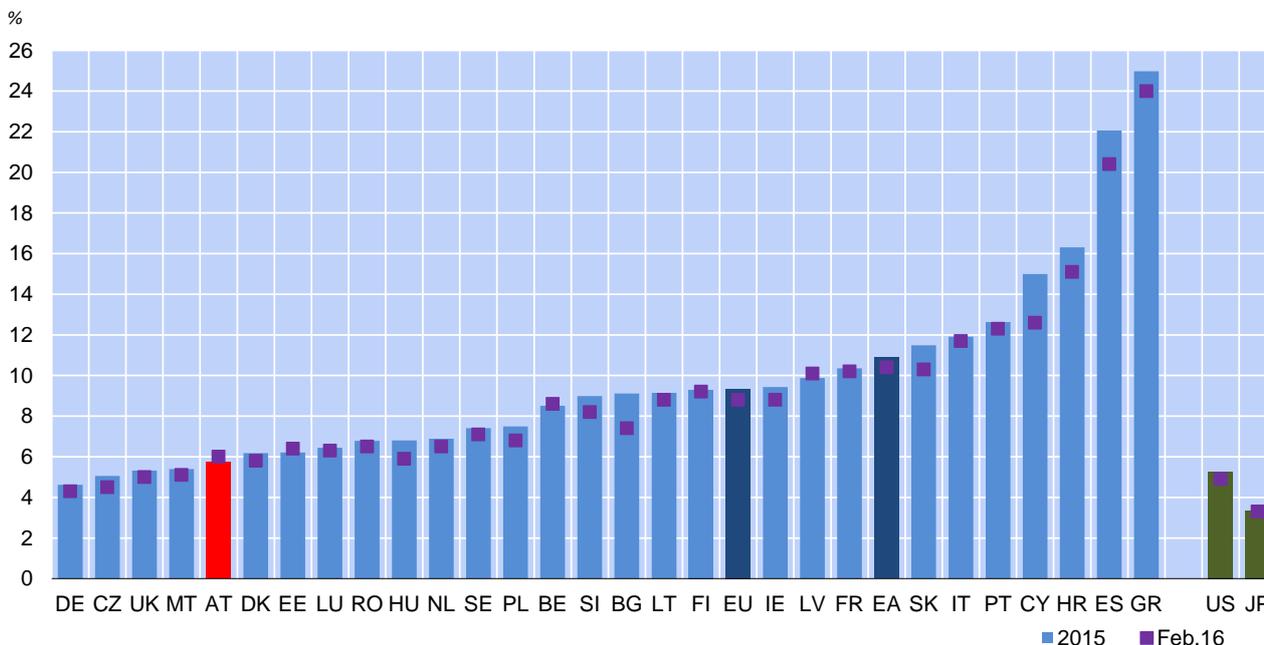
## Österreich zählt zu den Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten innerhalb der EU

Der österreichische Arbeitsmarkt erwies sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise und ebenso im folgenden Aufschwung als krisenfest. Die Anzahl der Beschäftigten wurde trotz Stundenreduktion während des Krisenjahres 2009 nicht verringert und wächst seitdem überdurchschnittlich stark; dies gilt auch für die konjunkturell schwierigen Jahren 2012 bis 2015. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots steigt die Arbeitslosigkeit seit Mitte 2011, die Anzahl der Arbeitslosen ist im historischen Kontext für Österreich sehr hoch. Die Arbeitslosenquote stieg zuletzt ebenso an, im EU-Vergleich zählt Österreich trotzdem zu den Top-5-Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten im Jahr 2015. Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiterhin von hoher Flexibilität, positivem sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich und wohlgedachten arbeitspolitischen Maßnahmen (z. B. Kurzarbeitsregelung, im Gegensatz zu unmittelbaren Entlassungen) gekennzeichnet und somit eine Stütze der österreichischen Wirtschaft.

Abgesehen von den klassischen Arbeitsmarktindikatoren liegt Österreich auch bei alternativen Indikatoren, etwa zur Messung der sozialen Stabilität (z. B. Häufigkeit von Streiks), weltweit im Spitzenfeld.

Grafik 3

### Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat. Anmerkung: EE,GR, HU, UK, JP: Dez 2015; IE, NL, SE: Feb. 2016; EA=Euroraum.

### Inflation im historischen Vergleich niedrig, im Vergleich der Euroraum-Länder aber hoch

Seit 2009 ist es dem Eurosystem gelungen, das gesetzte Preisstabilitätsziel einer Inflation von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Die HVPI-Inflation lag im Euroraum und in Österreich im Durchschnitt bei 1,8%. Allerdings stellen der klare Anstieg der Inflation vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und in der Erholungsphase 2011 sowie der Rückgang Mitte 2009 und die aktuell niedrigen HVPI-Wachstumsraten eine kurzfristig signifikante Abweichung von diesem Ziel dar.

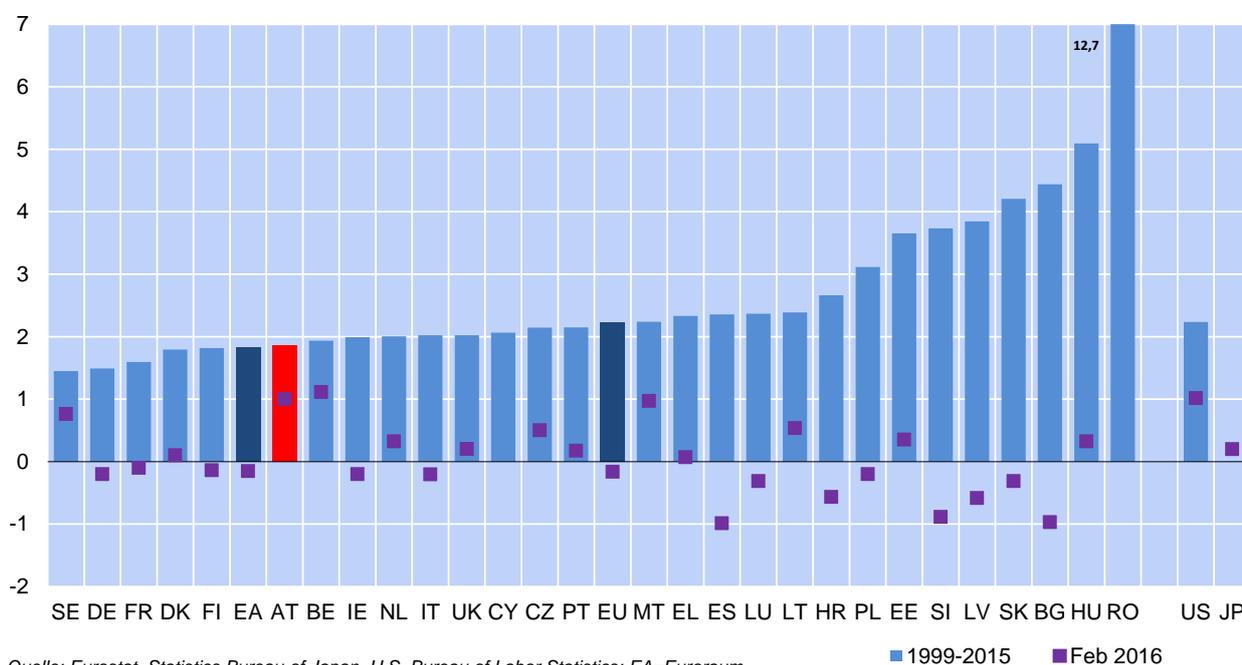
Seit Mitte 2013 dämpfen das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum, eine Phase von Lohn- und Preiskürzungen in mehreren Euroraum-Ländern und die aktuell stark fallenden Energiepreise die HVPI-Inflation im Euroraum. Die HVPI-Inflation lag im Februar bei -0,2% im Euroraum. Auf Basis der aktuellen Futures-Preise für Energie erwartet die EZB für die nächsten Monate anhaltend negative Inflationsraten; erst in der zweiten Jahreshälfte soll die HVPI-Inflation wieder in den positiven Bereich zurückkehren. Vor diesem Hintergrund hat die EZB im März 2016 ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Sicherung der Preisstabilität beschlossen. Dieses umfasst eine weitere Senkung der Leitzinsen, eine Ausweitung der monatlichen Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten, die Aufnahme von in Euro lautenden Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) im Euro-Währungsgebiet in das Ankaufprogramm und vier weitere gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte. Diese Maßnahmen sollen die Vergabe neuer Kredite ankurbeln und so die Dynamik der Konjunkturerholung im Euroraum verstärken sowie die Rückkehr der Inflation auf ein Niveau von unter, aber nahe 2% beschleunigen.

Beim Vergleich der HVPI-Inflationsentwicklung des Euroraums und jener Österreichs zeigt sich, dass im Zeitraum seit der Einführung des Euro bis zum Jahr 2009 die Inflation in Österreich konstant unter jener des Euroraums lag. Während sich die Inflation zwischen 2009 und 2012 ähnlich entwickelte, liegt diese in Österreich seit September 2012 über dem Euroraum-Durchschnitt. Dies kann wie schon beim BIP-Wachstum auf die Inflationsentwicklung in einigen Euroraum-Ländern zurückgeführt werden, die zurzeit eine Phase sinkender Preis- und Lohnwachstumsraten bzw. Preis- und Lohnrückgänge verzeichnen, um angesichts einer tiefen Rezession ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Diese Länder drücken derzeit den Euroraum-Durchschnitt. Gleichzeitig erklärt sich die Differenz durch Phänomene in Österreich wie etwa einen vergleichsweise starken Preisanstieg im Dienstleistungsbereich sowie bei staatlichen Gebühren und Abgaben.

Grafik 4

### HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Statistics Bureau of Japan, U.S. Bureau of Labor Statistics; EA=Euroraum.

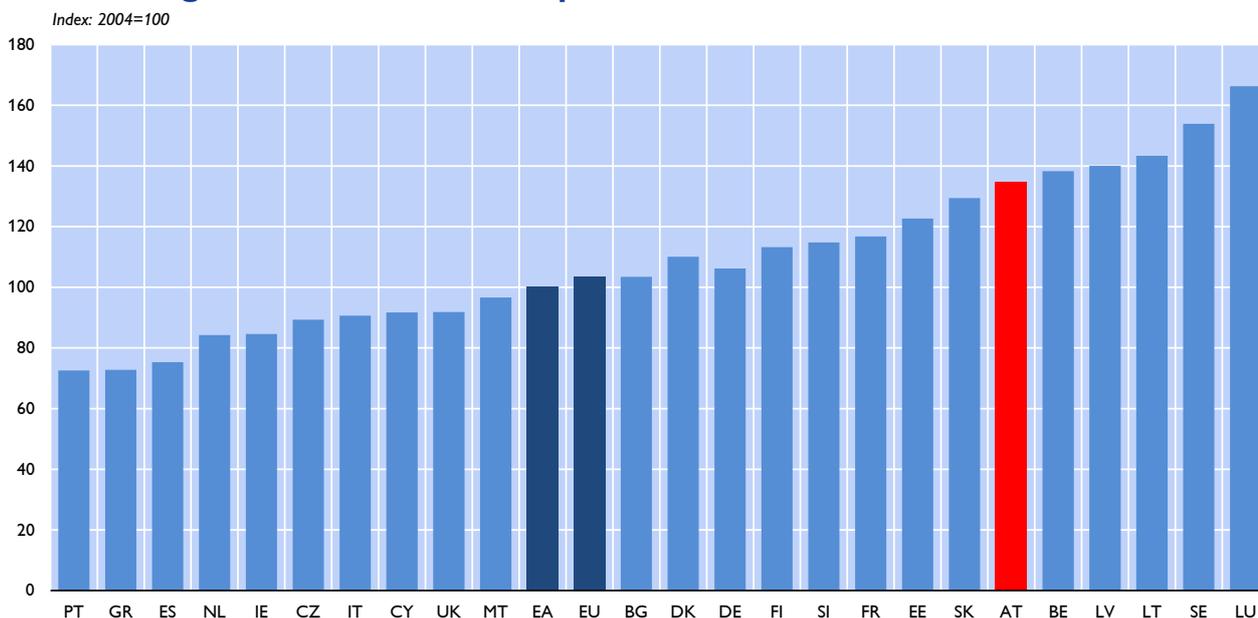
■ 1999-2015 ■ Feb 2016

### Preisanstieg auf dem österreichischen Immobilienmarkt, aber keine Überhitzung

Die Immobilienpreise Österreichs sind im Zeitraum 2004 bis 2014 im Euroraum- und EU-Vergleich deutlich gestiegen (vergleichbare Daten auf EU-Ebene sind erst ab 2004 verfügbar). Allerdings blieb Österreich von Entwicklungen wie in Spanien, Irland oder Zypern verschont, wo es zum Aufbau und letztlich auch zum Platzen von Immobilienpreisblasen kam, die in der Veränderung von 2004 bis 2014 so nicht erkennbar sind.

Die OeNB verfolgt die Preisentwicklung auf dem österreichischen Immobilienmarkt genau. Im Jänner 2014 wurde ein Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien präsentiert, der die Entwicklung der Immobilienpreise mit ausgewählten ökonomischen Fundamentalindikatoren in Verbindung setzt.

## Entwicklung der realen Immobilienpreise in der EU



Quelle: EZB.

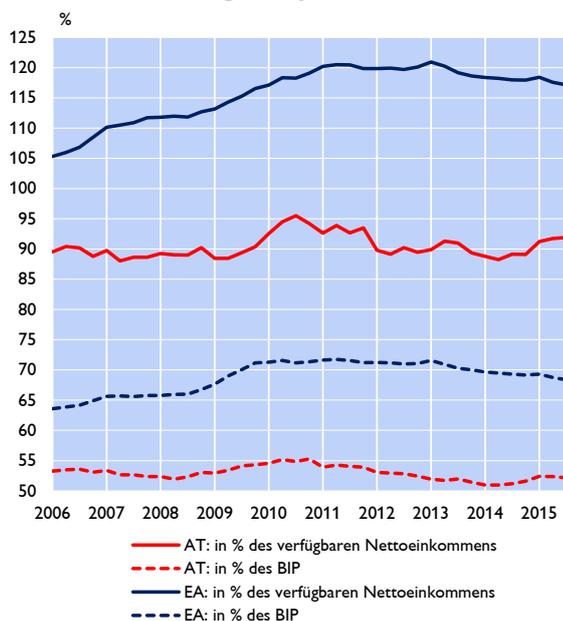
Anmerkung: LV 2004–2014; SK 2005–2014; CY 2006–2014; PT, ES, CZ, IT, UK, EA, EU, BG, DE, FI, SI, SK, AT, BE, LT, LU 2004–2014; alle anderen Länder: 2004–2015, keine Daten für HU, PL und PL; EA = Euroraum.

## Finanzvermögen hoch, Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen moderat und stabil

Im Jahr 2015 flossen 6,9 % des netto verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors in die Ersparnisbildung. Per Jahresultimo 2014 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von rund 583,2 Mrd EUR (176,9 % des BIP) aufgebaut. Die privaten Haushalte sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

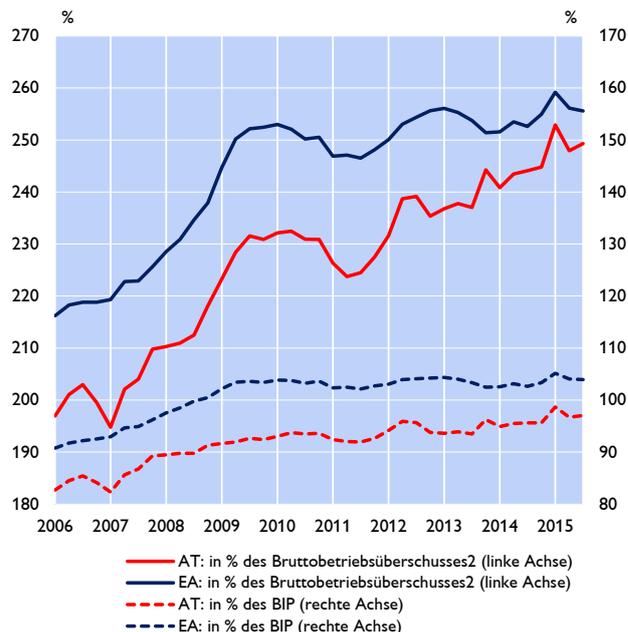
Gemessen am BIP war der österreichische Haushaltssektor im dritten Quartal 2015 im Ausmaß von 52,2 % verschuldet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 68,3%. Die Unternehmensverschuldung lag in Österreich im dritten Quartal 2015 mit 249,3 % des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 97,0 % des BIP ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 255,6% relativ zum Bruttobetriebsüberschuss sowie 103,9% relativ zum BIP.

### Verschuldung der privaten Haushalte



Quelle: EZB.  
Anmerkung: EA = Euroraum.

### Verschuldung des Unternehmenssektors<sup>1</sup>



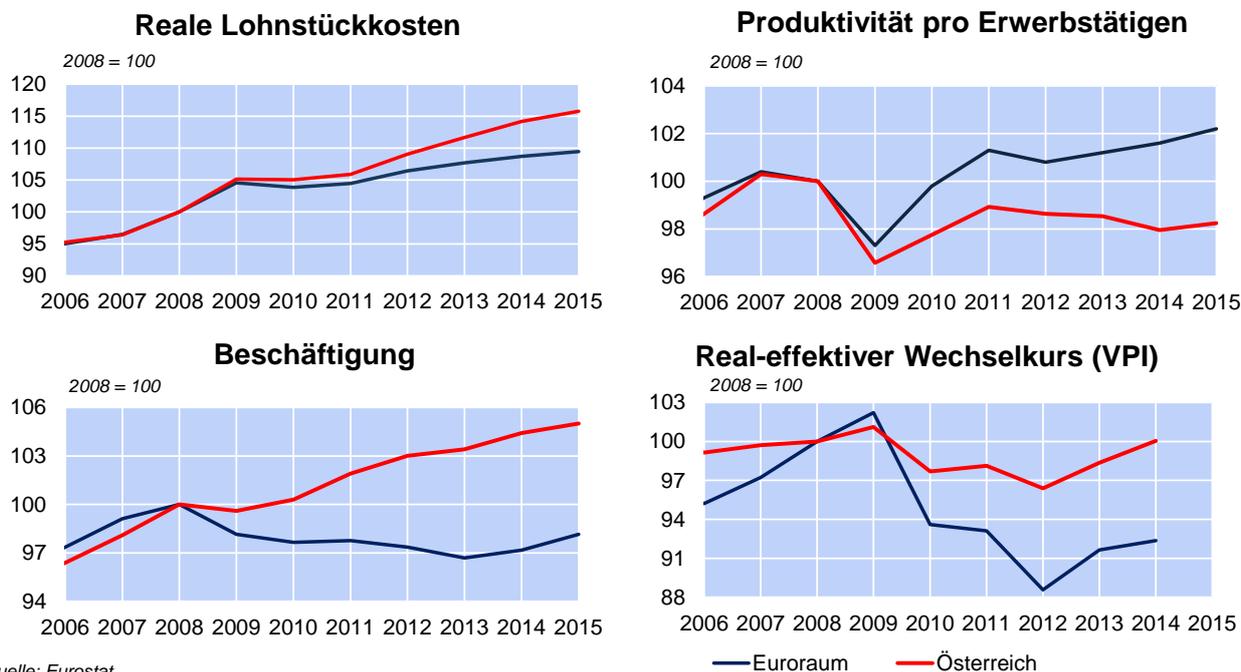
<sup>1</sup> Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.  
<sup>2</sup> Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

## 1.2 Österreichs Exporteure trotz abnehmender preislicher Wettbewerbsfähigkeit weiterhin erfolgreich

### Starke Beschäftigungsentwicklung drückt Produktivität

Infolge der Krise büßte Österreich, bedingt durch eine vergleichsweise schwache Produktivitätsentwicklung, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ein. Durch Labour Hoarding der Unternehmen während der Krisenjahre, eine bessere Konjunktorentwicklung 2010/11 sowie die verspätete Öffnung des Arbeitsmarktes 2011 stieg die Beschäftigung (gemessen in Köpfen) deutlich stärker an als im Euroraum. Diese Entwicklung setzte sich auch in den konjunkturell schwachen Jahren 2012–2015 fort. Österreich verliert infolgedessen sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum. Büßte der Euroraum vor der Krise dem real-effektiven Wechselkurs (deflationiert mit dem VPI) folgend noch an Wettbewerbsfähigkeit ein, so gewann er zwischen 2009 und 2012 an Wettbewerbsfähigkeit, während der real-effektive Wechselkurs für Österreich beinahe unverändert blieb. Somit verlor Österreich im Vergleich zum Euroraum auch in dieser Hinsicht. In den Jahren 2013/14 wertete der real-effektive Wechselkurs für Österreich und den Euroraum auf, die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich somit. Seit September 2012 weist Österreich zudem höhere Inflationsraten als der Euroraum und die wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, aus. Diese Inflationsdifferenz führt zu einer realen Aufwertung der österreichischen Wirtschaft und wird in den kommenden Jahren die Wettbewerbsposition Österreichs weiter dämpfen.

## Internationale Wettbewerbsfähigkeit

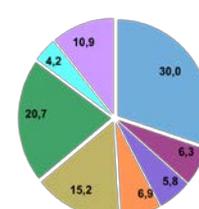
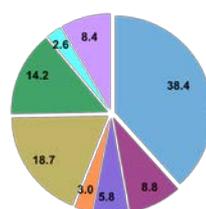
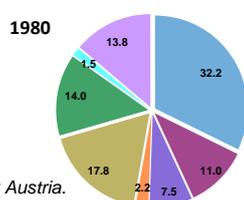
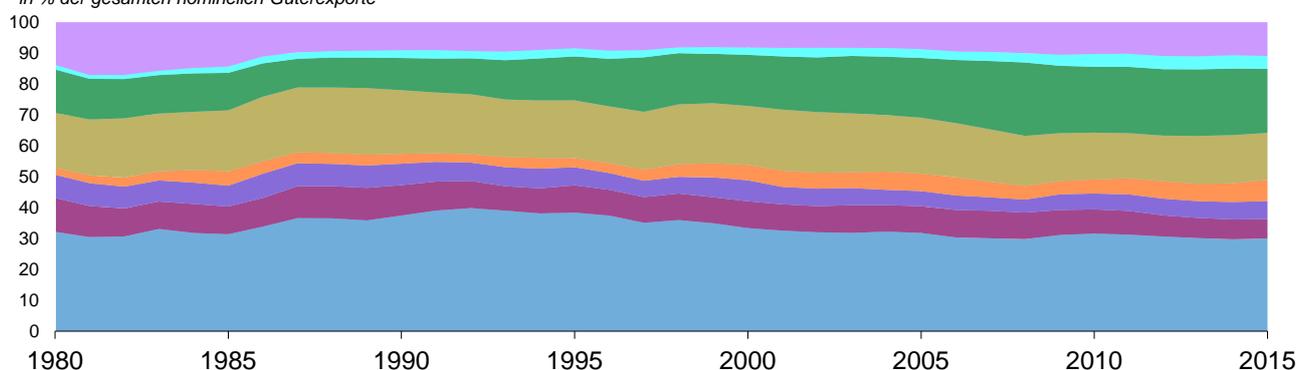


## Regional ausgewogene Exportstruktur, geringes Währungsrisiko

Im Jahr 2015 exportierte Österreich rund die Hälfte der produzierten Waren in den Euroraum. Dieser Teil war somit keinem Wechselkursrisiko ausgesetzt. Für österreichische Exporteure ist Deutschland mit einem Anteil von 30 % an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination. Auf den weiteren Rängen folgen die USA, Italien, die Schweiz und Frankreich. Seit Mitte der 1990er-Jahre (1995: 63 %) ging der Anteil der Exporte in den Euroraum konstant zurück. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Warenexporte nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa (1995: 14 %; 2015: 21 %). Obwohl sich die Geschwindigkeit des Aufholprozesses der zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten reduziert hat, beträgt das Wachstumsdifferenzial nach wie vor rund 1½ % – dieses konnte von österreichischen Exporteuren sehr gut genutzt werden. Ebenso nahmen die Exporte in die dynamischen Volkswirtschaften Asiens – China, Indien, Korea – zu. Als positiv erweist sich die Branchenvielfalt im österreichischen Außenhandel. Mit einem Anteil von 40 % an den Gesamtexporten liegt der Schwerpunkt auf *Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen*. Weitere Stützen stellen die Bereiche *Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse* und *Sonstige Fertigwaren* dar, die gemeinsam rund 47 % der Güterexporte ausmachen.

## Österreichische Güterexporte nach Regionen 1980–2015

in % der gesamten nominellen Güterexporte



Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung:

Asien: CN, JP, KR;

EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK;

CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL,

BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

■ Deutschland

■ Italien

■ Schweiz

■ USA

■ EU-12

■ CESEE

■ Asien

■ Rest der Welt

Angesichts eines Warenanteils von 71% an den Exporten hängt die österreichische Exportleistung in erster Linie von der Warenausfuhr ab, aber auch die Dienstleistungsexporte spielen eine wesentliche Rolle. Laut Technologiezahlungsbilanz entwickelte sich Österreich zu einem Nettoexporteur im Bereich des Technologie- und Know-how-Transfers mit Nettoexporten im Wert von rund 3 Mrd EUR oder 1 % des BIP, womit Österreich im Ranking vor Finnland oder Deutschland liegt. Die Exportkategorie mit den höchsten Zuwachszahlen und damit Exportführer sind Computerdienstleistungen; dies spiegelt sich in der Anzahl von Niederlassungen multinationaler Unternehmen in Österreich wider. Die Computerdienstleistungen haben den traditionell führenden Architekten- und Ingenieursdienstleistungen den Rang abgelassen. Langfristig betrachtet verzeichnen auch die Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen hohe Zuwächse, allerdings mit starken Einbußen infolge der Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Neben den IT-Dienstleistern dominieren Sachgütererzeuger den internationalen Technologietransfer, vor allem Firmen in der Elektronikindustrie und im Bereich Maschinenbau. Regional betrachtet ist Österreich ein Nettoexporteur technologischen Know-hows in die Schweiz, nach Russland und China. Hingegen importiert Österreich per saldo Technologie-Know-how aus dem angloamerikanischen Raum.

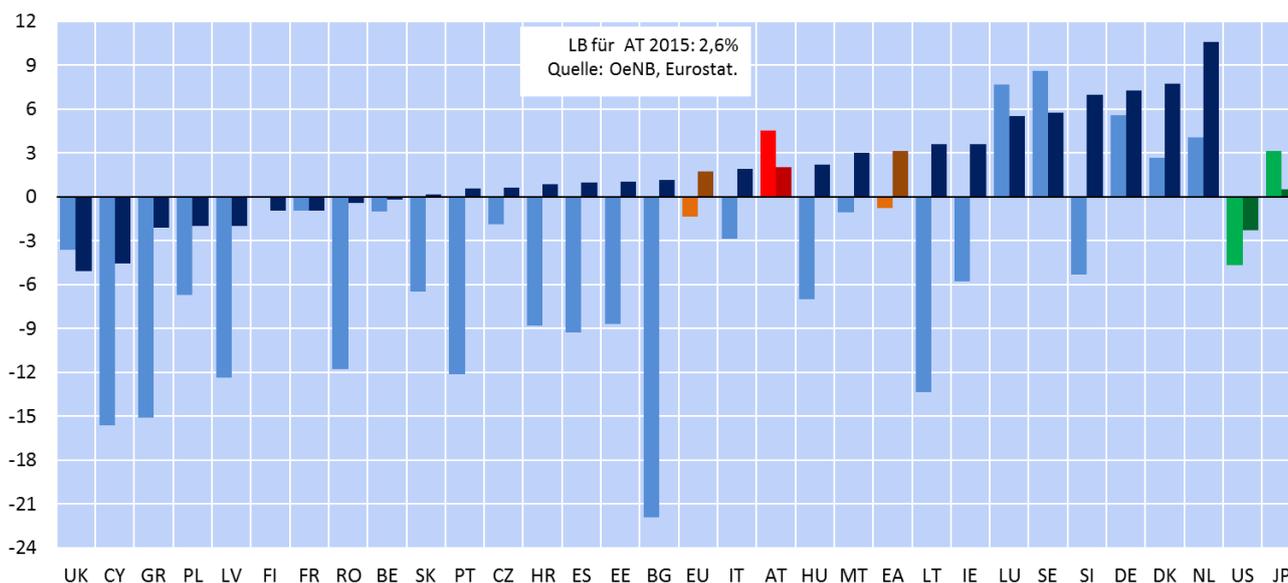
## Leistungsbilanzüberschüsse als Ausdruck internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Österreich erwirtschaftet seit 2002 jährliche Leistungsbilanzüberschüsse, d. h. es werden mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Im Jahr 2015 verzeichnete Österreich Überschüsse im Ausmaß von 2,6 % des BIP (Quelle: OeNB und Statistik Austria), nach 2,0% im Jahr 2014. Im Euroraum betrug der Überschuss 3,1% im Jahr 2014; die EU erzielte einen Überschuss von 1,7% (2014). Den aktuellen Prognosen zufolge wird Österreich künftig weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen.

Grafik 9

### Leistungsbilanzsalden (LB)

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

■ 2008 ■ 2014

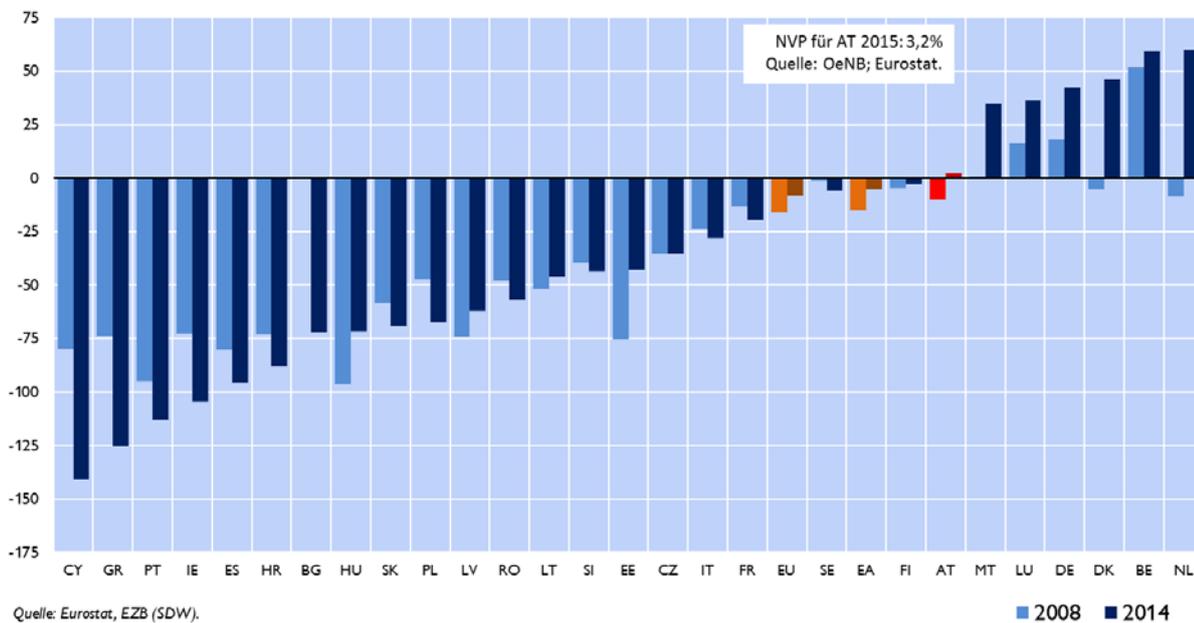
Anmerkung: BPM6; EA und EU 2008: ohne FI; AT Wert für 2015; USA und JP: Durchschnitt von EK und IWF-Daten; EA=Euroraum.

## Österreichs Nettoverschuldung im Ausland rückläufig

Aufgrund der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse konnte Österreich seine negative internationale Vermögensposition (Nettoverschuldung im Ausland) in den letzten Jahren sukzessive verbessern und im Jahr 2015 einen Überschuss in Höhe von 10,8 Mrd EUR (3,2 % des nominellen BIP; Quelle: OeNB und Statistik Austria) verzeichnen. Die Nettoverschuldung des Euroraums lag 2014 bei 5,2 %, die der EU bei 8,2 %.

### Nettovermögensposition (NVP)

in % des BIP

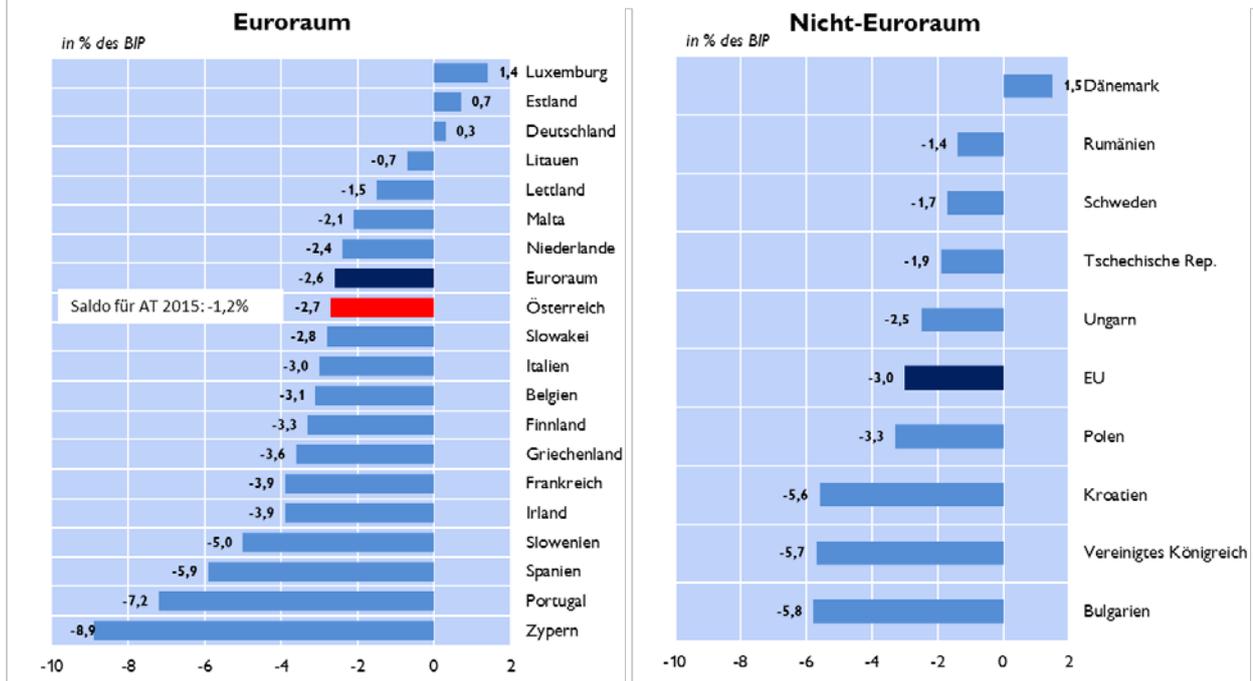


## 1.3 Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand werden stark von Sonderfaktoren beeinflusst

2015 verbesserte sich der Budgetsaldo auf  $-1,2\%$  des BIP. Dies war vor allem bedingt durch einen starken Rückgang der Vermögenstransfers an Banken (HETA/Hypo Alpe Adria International) und durch ein starkes Wachstum der Steuereinnahmen. Für 2016 muss allerdings aufgrund der Steuerreform und des Anstiegs der Ausgaben für Flüchtlinge mit einer gewissen Verschlechterung gerechnet werden.

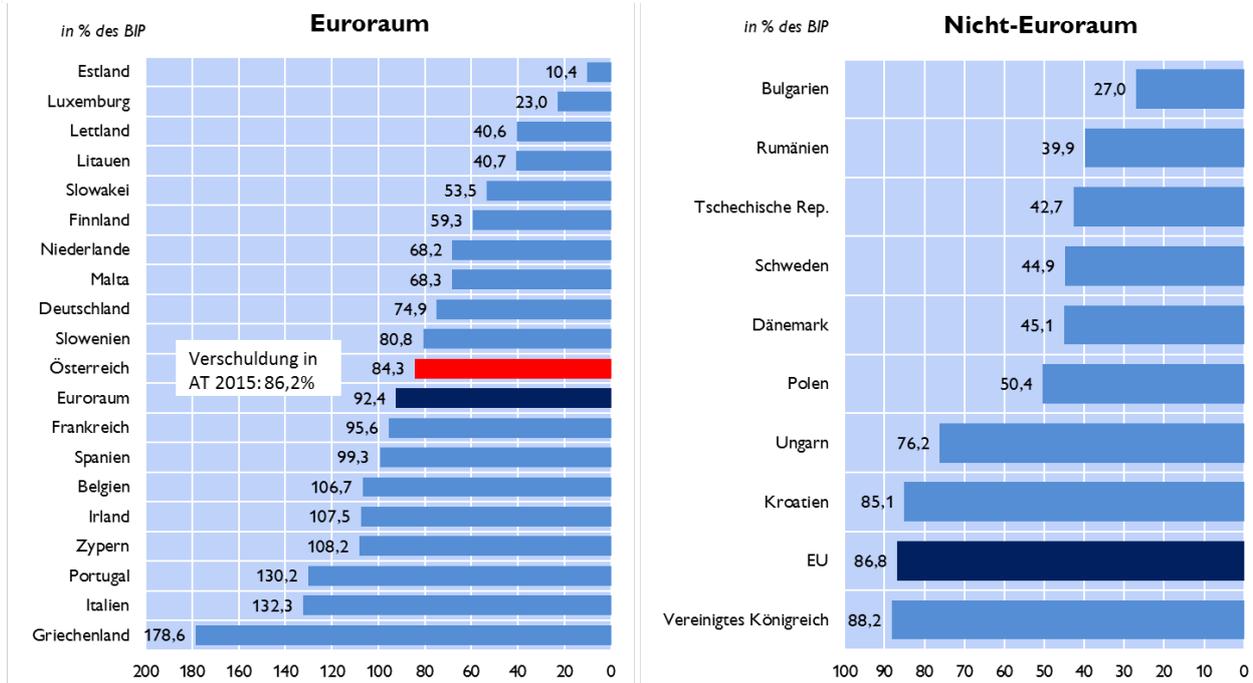
Der deutliche Anstieg der Schuldenquote auf  $86,2\%$  des BIP im Jahr 2015 (2014:  $84,3\%$  des BIP) ist vor allem auf die Verschuldung (aber nicht das Defizit) erhöhende Transaktionen im Zusammenhang mit staatlichen „bad banks“ zurückzuführen. 2016 sollte die graduelle Schrumpfung dieser Abbaubanken zu einem Rückgang der Schuldenquote beitragen.

### Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2014



Quelle: Eurostat.

### Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2014



Quelle: Eurostat.

## Österreich übererfüllte 2015 das mittelfristige Haushaltsziel („präventiver Arm“)

Nach der Beendigung des ÜD-Verfahrens im Frühjahr 2014 gelten für Österreich nun die Vorgaben im Rahmen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Hier gilt für Österreich ein Zielwert (Medium-Term Objective) für den strukturellen Budgetsaldo von  $-0,45\%$  des BIP. Nach Berechnungen<sup>2</sup> der OeNB dürfte Österreich 2015 dieses Ziel klar übererfüllt haben.

Da Österreich sich zum Zeitpunkt der Operationalisierung des Schuldenkriteriums (Ende 2011) in einem ÜD-Verfahren befand, greift die neue „1/20“-Regel erst ab 2017. In der Übergangsphase muss Österreich sicherstellen, dass es bis 2016 einen strukturellen Saldo aufweist, der mit der Erfüllung der „1/20“-Benchmark konsistent ist. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission erfüllt Österreich nach derzeitigem Stand diese Vorgabe.

Tabelle 1

### Anforderungen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln

	Stand	2011	2012	2013	2014	2015	Quelle	Anforderung
		in % des BIP						
<b>Budgetsaldo</b>	März 2016	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,2	Statistik Austria	$\geq -3\%$ des BIP
<b>Schuldenstand</b>	März 2016	82,2	81,6	80,8	84,3	86,2	Statistik Austria	ab 2017: Reduktion der Differenz zu 60% durchschnittlich um 1/20 pro Jahr
<b>Struktureller Saldo</b>	März 2016	-2,5	-1,8	-1,3	-0,7	0,1	EK, OeNB	MTO (Zielwert) beträgt $-0,45\%$ des BIP

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission (EK), OeNB.

## Österreich ohne makroökonomische Ungleichgewichte

Seit 2012 erstellt die Europäische Kommission einen jährlichen Alert Mechanism Report (AMR), der der frühzeitigen Erkennung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU dient. Im Rahmen eines aus mittlerweile vierzehn ausgewählten makroökonomischen Indikatoren bestehenden „Scoreboards“ wurden Schwellenwerte festgelegt, deren Über- bzw. Unterschreitung eine tiefgehende qualitative Analyse der betroffenen Volkswirtschaft zur Folge hat und in entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen der Europäischen Kommission mündet. Zu Jahresbeginn 2016 wurde Österreich von der Europäischen Kommission in einer sogenannten „in-depth review“ geprüft. Im Abschlussbericht der Europäischen Kommission wurde festgehalten, dass für Österreich keine Ungleichgewichte vorliegen.

## Österreich behauptet sich im Vergleich zu den europäischen Peer-Ländern

Aufgrund schwieriger (zumeist externer) wirtschaftlicher Bedingungen haben die meisten europäischen Länder das international bestmögliche Rating AAA zuletzt verloren. Österreich hält weiterhin bei das AAA bei Moody's und DBRS, sowie das Rating AA+ bei Standard & Poor's und Fitch. Das hohe Vertrauen internationaler Anleger in die österreichische Wirtschaft zeigt sich in der Tatsache, dass österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit bis zu sechs Jahren eine negative Rendite ausweisen. In der letzten Auktion (8. März 2016) mit einer Laufzeit bis September 2021 lag die durchschnittliche Rendite bei  $-0,2\%$  p.a.

<sup>2</sup> Diese Berechnungen erfolgen nach der Methode der Europäischen Kommission, um den strukturellen Saldo herzuleiten.

Tabelle 2

Indikator	Schwellenwert	Ausprägung Österreich	Überschreitung Österreich
3-Jahres-Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos in % des BIP	+6/-4	1,8	Nein
Nettoauslandsvermögensposition in % des BIP	-35	2,2	Nein
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) des real-effektiven Wechselkurses	+/-5 (ER) +/-11 (Nicht-ER)	2	Nein
Prozentuelle Veränderung (5 Jahre) der Exportmarktanteile	-6	-16	Ja
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) der nominellen Lohnstückkosten	+9 (ER) +12 (Nicht-ER)	7,8	Nein
Veränderung der deflationierten Immobilienpreise, gegenüber dem Vorjahr in %	6	1,4	Nein
Kreditaufnahmen des privaten Sektors in % des BIP	15	0,2	Nein
Verschuldung des privaten Sektors in % des BIP	160	127,1	Nein
Staatsverschuldung in % des BIP	60	84,2	Ja
3-Jahres-Durchschnitt der Arbeitslosenrate	10	5,3	Nein
Jährliche Veränderung der unkonsolidierten Verpflichtungen des Finanzsektors	16,5	-1,5	Nein
Erwerbsquote – % der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64	-0,2	0,8	Nein
Langzeitarbeitslosenquote – % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 74	0,5	0,3	Nein
Jugendarbeitslosenquote – % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24	0,2	1,4	Ja

Quelle: Eurostat.

Aus den angeführten Gründen ist es sinnvoll, Österreich mit den drei größten Volkswirtschaften im Euroraum (Deutschland, Frankreich und Italien) sowie sechs Volkswirtschaften (die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Belgien, Finnland und die Tschechische Republik), die von Größe und Struktur mit Österreich vergleichbar sind und sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums liegen, zu vergleichen.

Auf Basis der IWF-Frühjahrsprognose vom April 2016 weist Österreich im Jahr 2016 ein ähnliches BIP-Wachstum wie Frankreich, Italien, die Schweiz, Belgien und Finnland aus. Trotz inländischer Sonderfaktoren übertrifft das Wirtschaftswachstum somit nicht jenes der Vergleichsgruppe, ein Hauptgrund dafür liegt in der vergleichsweise höheren Inflation – dies zeigt sich ebenso in der IWF-Prognose. Der IWF erwartet für Österreich im Jahr 2016 die höchste Inflation innerhalb dieser Ländergruppe. Im Gegensatz dazu zeichnet sich der österreichische Arbeitsmarkt im

internationalen Vergleich nach wie vor durch eine geringe Arbeitslosenquote aus. Die Schweiz, Deutschland und die Tschechische Republik liegen hier vor Österreich. Beim Leistungsbilanzsaldo weist Österreich einen klar positiven Wert aus. Die Niederlande und Deutschland, aber auch die Schweiz erzielten einen hohen positiven Saldo. Einzig Frankreich weist einen geringfügig positiven Saldo aus, Finnland ein Defizit.

Tabelle 3

Österreich und europäische Peer-Länder im Vergleich										
	DE	FR	IT	NL	CH	SE	BE	AT	FI	CZ
<b>Reales BIP-Wachstum, Veränderung zum Vorjahr in %</b>										
2016	1,5	1,1	1,0	1,8	1,2	3,7	1,2	1,2	0,9	2,5
2017	1,6	1,3	1,1	1,9	1,5	2,8	1,4	1,4	1,1	2,4
<b>Konsumentenpreisindex, Veränderung zum Vorjahr in %</b>										
2016	0,5	0,4	0,2	0,3	-0,7	1,1	1,2	1,4	0,4	1,0
2017	1,4	1,1	0,7	0,7	-0,2	1,4	1,1	1,8	1,4	2,2
<b>Arbeitslosenquote, in % der Erwerbstätigen</b>										
2016	4,6	10,1	11,4	6,4	3,5	6,8	8,3	6,2	9,3	4,7
2017	4,8	10,0	10,9	6,2	3,4	7,0	8,2	6,4	9,0	4,6
<b>Leistungsbilanzsaldo, in % des nominellen BIP</b>										
2016	8,1	0,6	1,8	10,5	10,5	5,8	0,5	3,6	-0,0	1,4
2017	7,7	0,3	1,3	10,2	9,7	5,7	0,1	3,5	-0,1	1,0

Quelle: IWF: World Economic Outlook, April 2016.

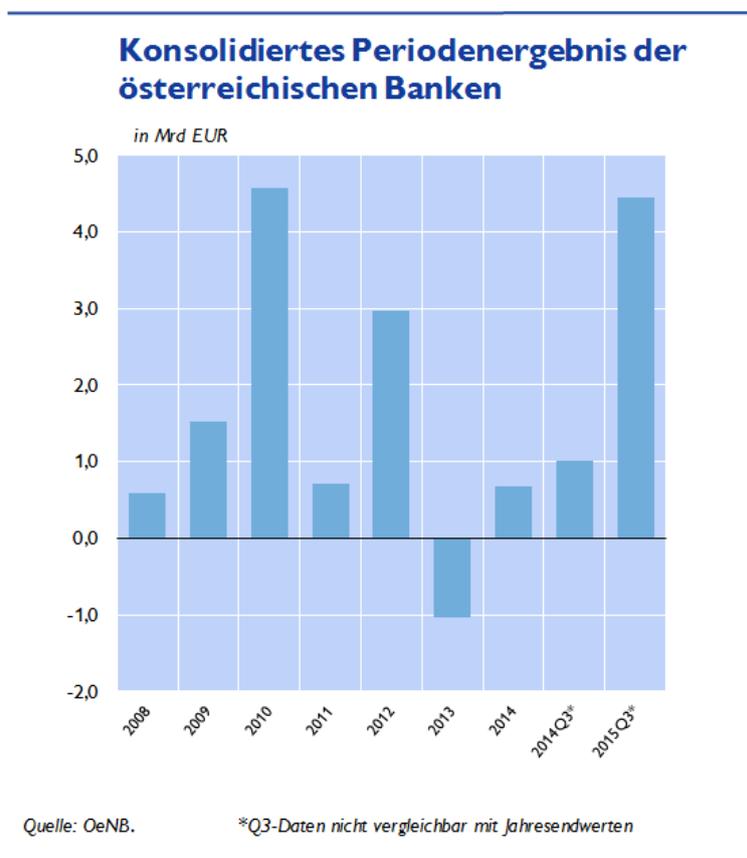
## 2 Weiterhin Herausforderungen für österreichische Banken

### 2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden

#### Erholung der konsolidierten Profitabilität aufgrund geringerer Kreditrisikovorsorgen

Die Profitabilität der österreichischen Banken hat in den ersten drei Quartalen 2015 im Vergleich zum Vorjahr wieder aufgeholt. Das gestiegene konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken ist allerdings zu einem wesentlichen Teil auf eine Reduktion der Kreditrisikovorsorgen zurückzuführen und nicht auf eine Verbesserung im operativen Geschäft, da der Anstieg des Betriebsergebnisses maßgeblich vom Rückgang bei den Abschreibungen und Wertminderungen beeinflusst wurde. Das Zinsergebnis, wesentliche Profitabilitätskomponente des Geschäftsmodells der österreichischen Banken, war rückläufig.

Grafik 13



Das Niedrigzinsumfeld ist für die österreichischen Banken längerfristig eine Herausforderung, da sie stark über Einlagen finanziert sind. Die in Österreich traditionell niedrigen Zinsmargen werden dadurch unter Druck geraten. Außerdem ist ihr auf ein dichtes Filialnetz aufgebautes Geschäftsmodell kostenintensiv, was die operative Effizienz belastet. Die negativen Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds werden erst allmählich sichtbar werden (Auslaufen höher verzinsten Aktiva und Passiva), weshalb für die betroffenen Finanzinstitute ein frühzeitiges Gegensteuern wichtig ist.

**Gewinn-und-Verlust-Rechnung österreichischer Banken, konsolidiert**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014Q3	2014	2015Q3
	<i>in Mrd EUR</i>								
Nettozinserträge	19,3	19,5	20,4	20,4	19,3	18,6	14,5	19,3	13,8
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	8,5	7,2	7,7	7,6	7,3	7,6	5,7	7,7	5,7
Handelsergebnis	-2,1	2,6	1,0	0,8	1,1	0,7	0,7	0,4	0,1
Betriebsergebnis	7,9	15,6	13,5	10,4	12,1	8,0	7,1	8,9	8,0
Ergebnis nach Steuern	0,6	1,5	4,6	0,7	3,0	-1,0	1,0	0,7	4,5

Quelle: OeNB.

Angesichts des Niedrigzinsumfelds, des anhaltend schwachen Wirtschaftswachstums, der Kostenstruktur der Banken in Österreich sowie der in CESEE nach wie vor schwachen Kreditqualität sehen sich die Banken dazu angehalten, ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, um die operative Effizienz zu erhöhen. Dies ist wichtig, weil die Profitabilität maßgeblich zur Stärkung der Kapitalisierung beiträgt.

**Kapitalisierung gestiegen – jedoch nach wie vor Aufholbedarf gegeben**

Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren durch eine Kombination aus zusätzlichem Kapital und reduzierten risikogewichteten Aktiva verbessert. Im dritten Quartal 2015 hatte das österreichische Bankensystem eine harte Kernkapitalquote von 12,1%, eine Kernkapitalquote von 12,2% und eine Gesamtkapitalquote von 15,9%.

**Konsolidierte Kapitalquoten österreichischer Banken**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015Q3
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>							
Eigenmittelquote	11,0	12,8	13,2	13,6	14,2	15,4	15,6	16,0
Kernkapitalquote: Tier 1 capital ratio	7,7	9,3	10,0	10,3	11,0	11,9	11,8	12,2
Core tier 1 capital ratio (ab 2014: Core equity tier 1)	6,9	8,5	9,4	9,8	10,7	11,6	11,7	12,1

Quelle: OeNB.

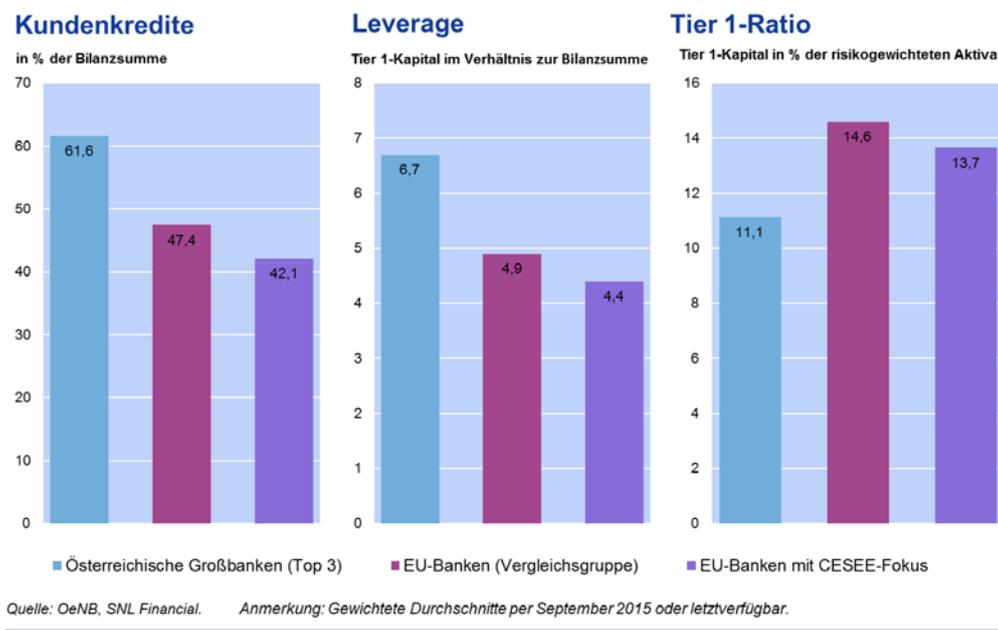
Anmerkung: 2008 erfolgte ein Strukturbruch in der konsolidierten Meldung.

Da ab 2014 die Kennzahlen auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

Dessen ungeachtet sind die Kapitalquoten der österreichischen Banken – verglichen mit europäischen Instituten mit CESEE-Fokus bzw. mit einem ähnlichen Geschäftsmodell – aber weiterhin unterdurchschnittlich, wenngleich die Leverage Ratio der österreichischen Großbanken aufgrund ihres Retail-Fokus derzeit deutlich besser ausfällt.

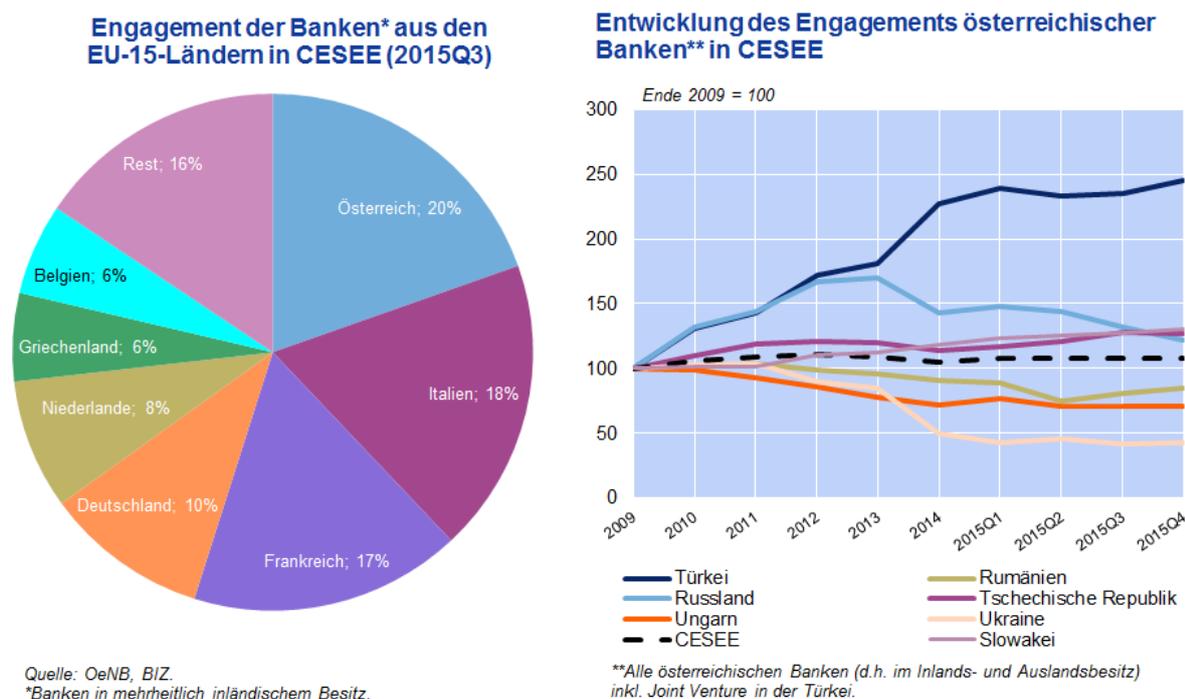
Vor diesem Hintergrund begrüßt die OeNB die vom Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlene Aktivierung eines Systemrisikopuffers<sup>3</sup> für ausgewählte österreichische Banken. Der Puffer soll über die nächsten Jahre aufgebaut werden und zu einer weiteren Stärkung der Finanzmarktstabilität in Österreich beitragen.

<sup>3</sup> <https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/fuenfte-sitzung.html>



## 2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken nach wie vor auf CESEE fokussiert

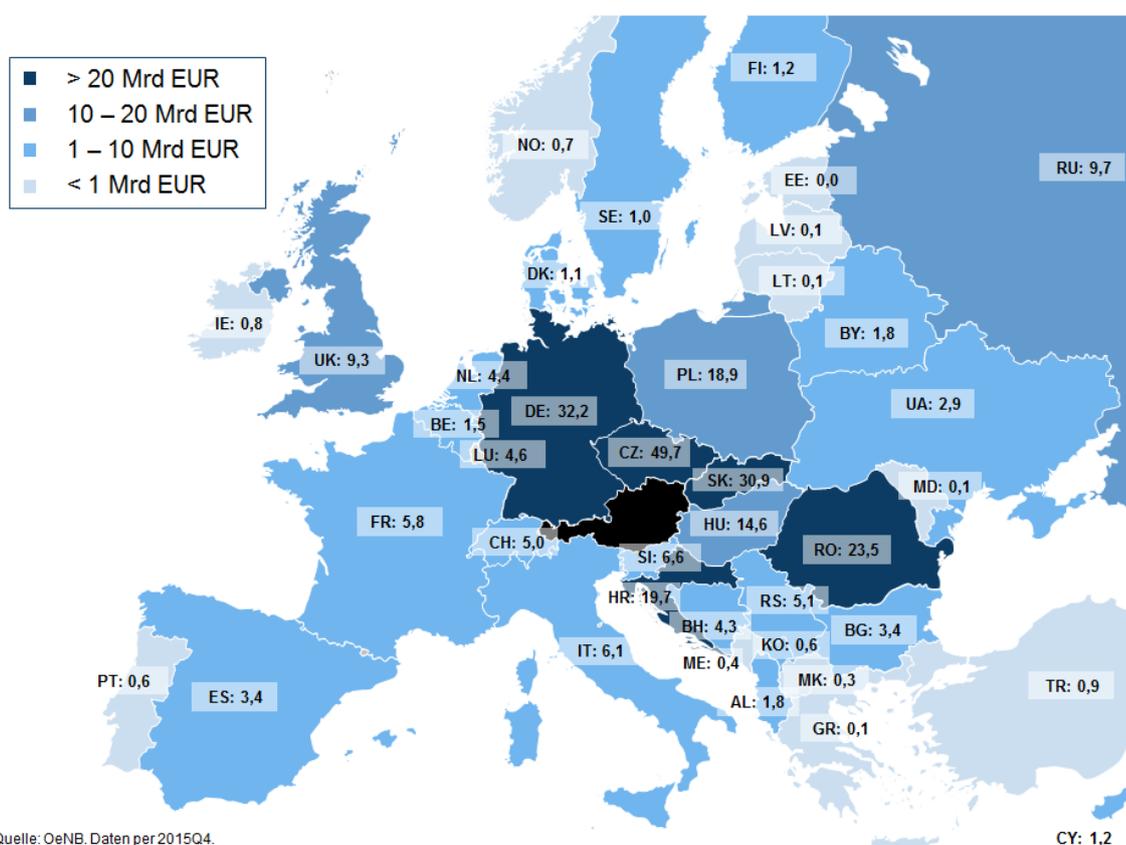
Die konsolidierten Auslandsforderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken lagen Ende Dezember 2015 bei rund 292 Mrd EUR. Rund 67% davon entfielen auf Länder in CESEE. Die österreichischen Banken hatten per September 2015 einen Anteil von rund einem Fünftel aller Forderungen der EU-15-Länder gegenüber dieser Region (siehe Grafik 15).



Das Engagement in den einzelnen Ländern in CESEE entwickelte sich seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 sehr unterschiedlich. Während die Forderungen gegenüber der Tschechischen Republik, der Slowakei und der Türkei deutlich ausgeweitet wurden, reduzierten sich die Auslandsforderungen nach einem starken Anstieg gegenüber Russland sowie gegenüber Rumänien, Ungarn und der Ukraine. In einigen Ländern war der Rückgang durch Verkäufe von Tochterbanken (z. B. Ukraine und Rumänien), aber auch durch politische (z. B. Ungarn) oder geopolitische (z. B. Russland) Einflussfaktoren getrieben. Die höchsten Auslandsforderungen der österreichischen Banken bestehen gegenüber der Tschechischen Republik (49,7 Mrd EUR), Deutschland (32,2 Mrd EUR) und der Slowakei (30,9 Mrd EUR, siehe Grafik 16).

Grafik 16

## Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken<sup>1</sup>



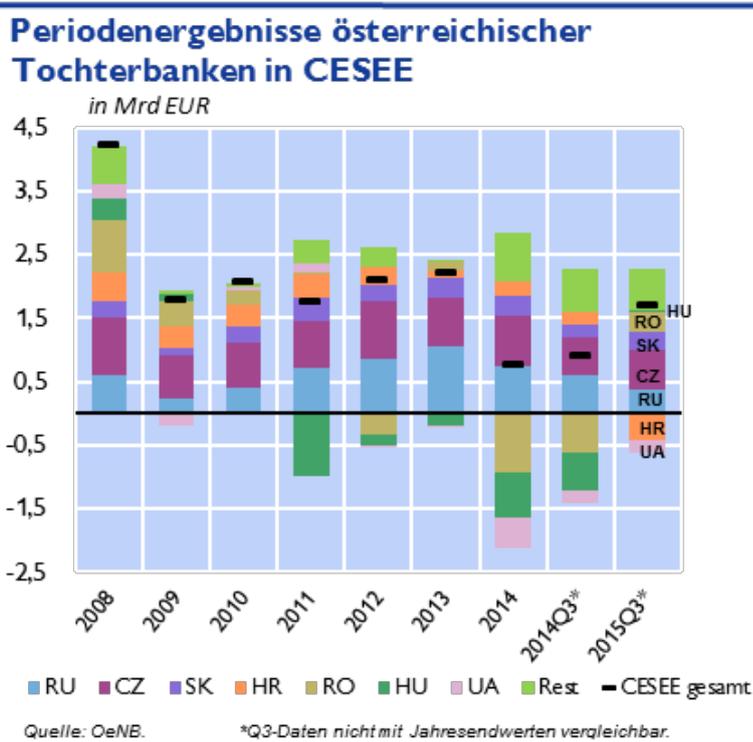
Quelle: OeNB, Daten per 2015Q4.

<sup>1</sup> In mehrheitlich inländischem Besitz befindliche Banken.

## Verbesserung der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE durch geringere Kreditrisikovorsorgen getrieben – Entwicklung insgesamt heterogen

Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE hat sich in den ersten drei Quartalen 2015 deutlich verbessert. Das aggregierte Periodenergebnis hat sich in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt und betrug 1,7 Mrd EUR. Wesentliche Gewinnbeiträge kamen wie auch schon zuvor von den österreichischen Tochterbanken in der Tschechischen Republik, in Russland, in der Slowakei und der Türkei. Während die Periodenergebnisse in der Tschechischen Republik und in der Slowakei in den letzten Jahren auf gleichem Niveau blieben, sank das Periodenergebnis in Russland. In Rumänien wurden zum dritten Quartal 2015 nach jahrelangen starken Schwankungen erstmals wieder deutliche Gewinne verzeichnet. In Kroatien hingegen, wo die österreichischen Tochterbanken trotz der seit 2009 vorherrschenden Rezession stets Gewinne verzeichneten, verbuchten sie im dritten Quartal 2015 erstmals einen Verlust.

Grafik 17



Der Anstieg der Profitabilität war vor allem auf die Reduktion der Wertberichtigungen um 1,3 Mrd EUR, insbesondere bei den Tochterbanken in Rumänien, aber auch in Ungarn zurückzuführen. In Rumänien führten der Abbau von notleidenden Krediten und der Verkauf einer österreichischen Tochterbank zu einer Verringerung der Wertberichtigungen. In Ungarn war der Wertberichtigungsbedarf rückläufig, was auch auf die Maßnahmen zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten und die in der Vergangenheit gebildeten Wertberichtigungen zurückzuführen ist. In einigen CESEE-Ländern trug aber auch das wirtschaftliche Umfeld zur Reduktion der Wertberichtigungen bei und insgesamt betrachtet sind die Wachstumsaussichten in CESEE nach wie vor höher als in Westeuropa. In Kroatien sind die Wertberichtigungen der österreichischen Tochterbanken hingegen aufgrund des beschlossenen gesetzlichen Eingriffs zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten und in Russland aufgrund der ausgeprägten Rezession relativ stark gestiegen – insbesondere in Russland jedoch ausgehend von niedrigen Niveaus.

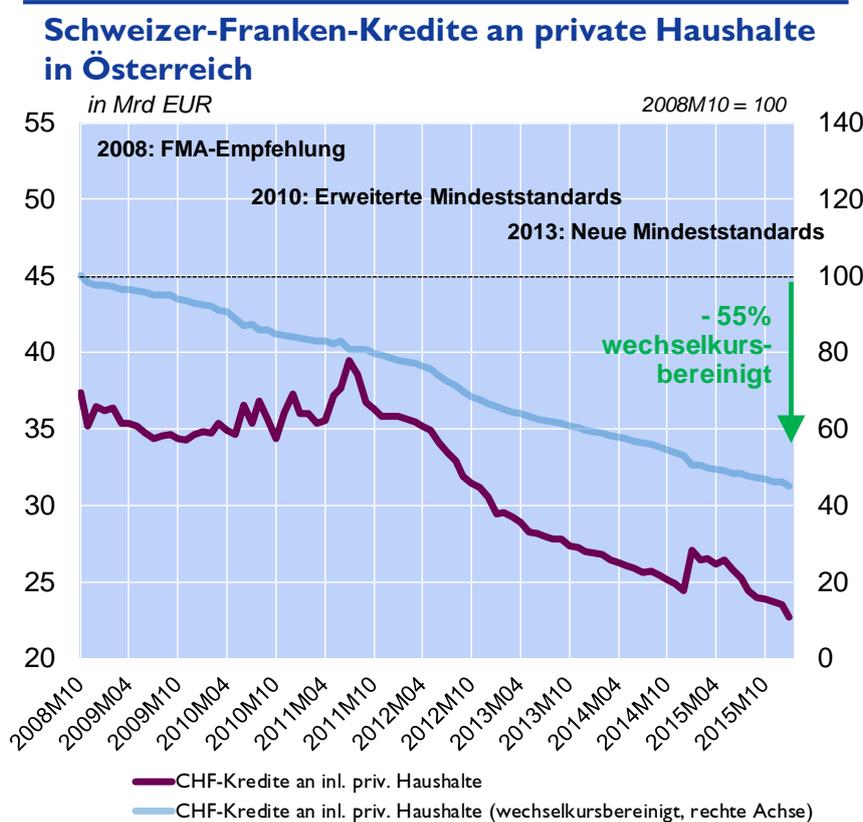
## 2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen tragen zur Finanzmarktstabilität bei

### Wirkung makroprudenzieller Maßnahmen zu Fremdwährungskrediten und zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Großbanken

In Österreich wurden bereits frühzeitig Maßnahmen makroprudenzieller Art gesetzt: Seit 2003 gibt es Mindeststandards für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten. Die Maßnahmen wurden maßgeblich im Oktober 2008 (FMA-Empfehlung) und im Jahr 2010 (Guiding Principles CESEE und Erweiterung der FMA-Mindeststandards) verschärft.

Im Jahr 2015 hat sich das bei österreichischen Banken aushaftende Volumen von Fremdwährungskrediten am Heimmarkt trotz der starken Aufwertung des Schweizer Frankens weiter verringert. Das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen gegenüber allen inländischen Nichtbanken belief sich im Jänner 2016 auf 32,9 Mrd EUR. Davon entfiel mit 23,5 Mrd EUR der mit Abstand größte Teil auf private Haushalte (davon 96% in Schweizer Franken).

Grafik 18

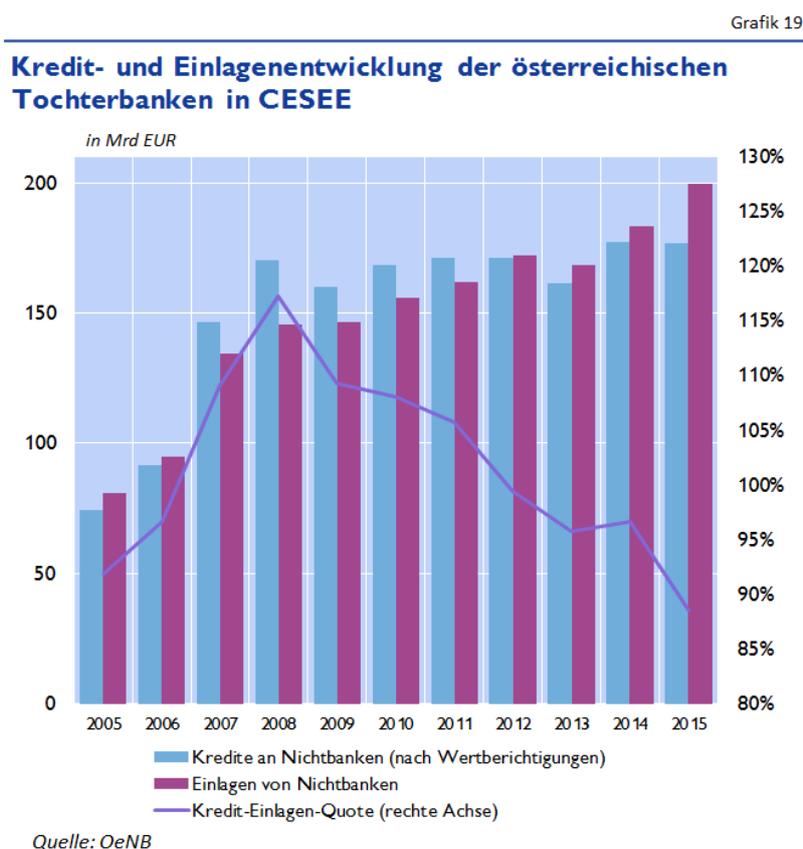


Trotz des rückläufigen Fremdwährungskreditvolumens in den letzten Jahren sind die Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten nach wie vor hoch, da etwa drei Viertel aller Fremdwährungskredite an private Haushalte endfällig und an Tilgungsträger geknüpft sind.

Im März 2012 veröffentlichten OeNB und FMA die [aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken](#). Das

Nachhaltigkeitspaket zielt im Wesentlichen darauf ab, die Refinanzierungsstruktur der ausländischen Tochterbanken ausgewogener zu gestalten, d. h. eine stabile lokale Refinanzierung zu stärken und die Eigenkapitalbasis der betroffenen Großbanken zu erhöhen. Zudem sind die betroffenen Banken angehalten, adäquate Sanierungs- und Abwicklungspläne für etwaige Krisensituationen zur Verfügung zu halten.

Durch das Nachhaltigkeitspaket verbesserte sich die lokale Refinanzierungssituation der österreichischen Tochterbanken in CESEE. Die Kredit-Einlagen-Quote sank von 117% im Jahr 2008 auf 89% im Jahr 2015, was hauptsächlich auf den Anstieg der Spareinlagen von lokalen Nichtbanken um etwa 30% zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.



## OeNB-Umfrage zu Hypothekarkrediten in Österreich und Erweiterung der makroprudenziellen Instrumente

Da eine nicht nachhaltige Hypothekarkreditvergabe in Verbindung mit einem Immobilienpreisboom in vielen Fällen zu höheren systemischen Risiken für die Finanzmarktstabilität führt und es in Österreich noch keine rechtliche Grundlage für die Implementierung von makroprudenziellen Instrumenten im Hypothekarkreditbereich gibt, war dies Diskussionsgegenstand in der Sitzung des Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) im Februar 2016. Um einen besseren Einblick in die Entwicklung der Kreditvergabestandards österreichischer Banken im Bereich der Wohnbaufinanzierung zu erhalten, hat die OeNB im Jahr 2015 eine Umfrage zu international üblichen Indikatoren im Bereich der Immobilienfinanzierung wie Beleihungsquote (Loan-to-Value-Ratio),

Verschuldungsgrad (Debt-to-Income-Ratio) und Schuldendienstquote (Debt-Service-to-Income-Ratio) bei ausgewählten österreichischen Banken durchgeführt. Die Ergebnisse werden derzeit evaluiert. OeNB und FMSG erachten die präventive Schaffung einer Rechtsgrundlage für zusätzliche makroprudenzielle Instrumente zur Einschränkung der Risiken aus Hypothekarkrediten, die dem internationalen Standard entsprechen, für notwendig. Zwar wird derzeit kein unmittelbarer Bedarf für den Einsatz dieser Instrumente gesehen, doch sollten rechtzeitig die Handlungsmöglichkeiten der makroprudenziellen Aufsicht erweitert werden.

## **2.4 Einschätzung von Europäischer Kommission und IWF zum österreichischen Bankensektor**

Österreich wurde Anfang 2016 im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens der Europäischen Kommission erstmals einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Zentraler Untersuchungsgegenstand in Österreich waren die hohen ausländischen Risikopositionen des österreichischen Finanzsektors und mögliche Auswirkungen auf das Kreditangebot. Die Ergebnisse des Länderberichts<sup>4</sup> wurden in einer Arbeitsunterlage der Europäischen Kommission am 26. Februar 2016 veröffentlicht. Auf Basis dieses Berichts ist die Kommission zur Einschätzung gelangt, dass in Österreich kein makroökonomisches Ungleichgewicht besteht.<sup>5</sup> Der Bericht stellte in Bezug auf den Finanzsektor fest, dass der österreichische Bankensektor widerstandsfähig ist. Der Bankensektor hat jedoch insbesondere hinsichtlich der unterdurchschnittlichen Kapitalisierung, der geringen Rentabilität und der verminderten Qualität des Kreditportfolios der Tochtergesellschaften im Ausland Herausforderungen zu bewältigen. Fremdwährungskredite an Haushalte in Österreich und im Ausland werden weiterhin als Risikofaktor gesehen. Wesentlicher Treiber für die Kreditentwicklung in Österreich waren nachfrageseitige und nicht angebotsseitige Faktoren. Die Umstrukturierung des österreichischen Bankensektors hat laut Europäischer Kommission einen Punkt erreicht, an dem der Prozess ohne zusätzliche öffentliche Unterstützung voranschreiten kann. Aufsichtsbehördliche und makroprudenzielle Anforderungen auf EU- und nationaler Ebene verringern die Gefahr, dass die öffentlichen Finanzen durch Ansteckungseffekte beeinträchtigt werden. Positiv wurden die von der OeNB initiierten makroprudenziellen Maßnahmen (Systemrisikopuffer, Nachhaltigkeitspaket, Fremdwährungskreditmaßnahmen) hervorgehoben.

Die Ergebnisse der eingehenden Überprüfung bestätigen im Wesentlichen die Schlussfolgerungen der Artikel IV-Konsultation<sup>6</sup> des IWF von 2015: Der IWF erkennt in seiner Artikel IV-Konsultation die regulatorischen Fortschritte an, die im österreichischen Bankensektor erreicht wurden. So wurden die wesentlichen Elemente der Bankenunion umgesetzt und das Finanzmarktstabilitätsgremium eingerichtet. Der IWF sieht jedoch weitere Maßnahmen als notwendig an. So wurde die Kapitalisierung großer Banken zwar verbessert, sie liegt jedoch nach wie vor unter den Werten von Vergleichsbanken. Die Profitabilität des Bankensektors zeigt nur langsame Verbesserungen, und die Banken sind nach wie vor exponiert gegenüber den Risiken in CESEE und aus Schweizer-Franken-Krediten. Aus diesem Grund soll die Aufsicht weiterhin die Angemessenheit der Kapitalisierung überprüfen und Kapitalanforderungen verschärfen, wenn es für notwendig erachtet wird. Die Einführung makroprudenzieller Instrumente wie Beleihungsquote (Loan-To-Value-Ratio), Verschuldungsgrad (Debt-To-Income-Ratio) oder Schuldentilgungsquote (Debt-Service-To-Income-Ratio) soll ermöglicht werden.

<sup>4</sup> [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/cr2016\\_austria\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/cr2016_austria_en.pdf)

<sup>5</sup> [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-591\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-591_de.htm)

<sup>6</sup> <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2016/pr1658.htm>

## 2.5 Bankenunion: Harmonisierung aufsichtlicher Agenden schreitet voran

### Das erste Jahr des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) zielt darauf ab, Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems zu gewährleisten und einen Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems in der EU zu leisten. Zudem gibt die EZB der auf unionsweit einheitlichem Regelwerk (Single Rulebook) basierenden Bankenunion den Aufsichtsrahmen für Banken durch das Aufsichtshandbuch des SSM sowie durch Verordnungen, Leitlinien, Empfehlungen und Weisungen vor und verantwortet einen einheitlichen und wirksamen Aufsichtsmechanismus.

Die EZB ist im Rahmen des SSM seit 4. November 2014 für die Beaufsichtigung sämtlicher Banken im Euroraum zuständig. In der laufenden Aufsichtspraxis teilen sich jedoch die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden (in Österreich: FMA und OeNB) die Aufgaben bei der Durchführung der Aufsicht. Demnach verantwortet die EZB die direkte Beaufsichtigung von bedeutenden Kreditinstituten (Significant Institutions, SIs) durch die gemeinsamen Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams, JSTs). Die Leitung des JST erfolgt durch einen JST-Koordinator der EZB sowie durch nationale Subkoordinatoren der Aufsichtsbehörden jener SSM-Länder, in denen die beaufsichtigte Kreditinstitutsgruppe tätig ist (in Österreich: je ein Subkoordinator von FMA und OeNB). Des Weiteren umfasst das JST ein Expertenteam, das von der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden beschickt wird. Das JST trägt somit die Verantwortung für die inhaltliche Aufbereitung und Umsetzung sämtlicher Aufsichtsentscheidungen und deckt damit sowohl die wirtschaftliche als auch die rechtliche Komponente der Aufsichtstätigkeit ab.

Die Beaufsichtigung der weniger bedeutenden Kreditinstitute (Less Significant Institutions, LSIs) erfolgt grundsätzlich durch die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden (National Competent Authorities, NCAs) und wird nach dem Grundsatz der Proportionalität durchgeführt. Demnach hängen die Intensität der Überwachung sowie der Umfang der Berichterstattungs- und Beaufsichtigungsverpflichtungen der NCAs gegenüber der EZB von der systemischen Bedeutung und vom Risikoprofil des jeweiligen LSIs ab. Derzeit fallen acht österreichische Banken in die höchste („high priority“) der drei vorgesehenen Beaufsichtigungsstufen.

Die EZB überprüft mindestens einmal jährlich, ob Kreditinstitute als bedeutend oder weniger bedeutend einzustufen sind. Nachdem im Vorjahr weitere neun europäische Großbanken mindestens eines der in der SSM-Verordnung vorgegebenen Größenkriterien erfüllten, wurden diese der umfassenden Bewertung („Comprehensive Assessment“) unterzogen. Zudem wurden drei Institute nicht mehr als bedeutend eingestuft. Seit 30. Dezember 2015 gelten somit 129 Bankengruppen als bedeutend, im Jahr zuvor waren es 123.<sup>7</sup> Neu unter den bedeutenden Instituten sind auch die österreichischen Tochterbanken zweier russischer Kreditinstitute – Sberbank Europe AG und VTB Bank (Austria) AG –, die ihr Europageschäft über Headquarters in Wien steuern. Die beiden Banken wurden aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Tätigkeiten nachträglich als bedeutend eingestuft. Sowohl bei der Sberbank Europe AG als auch bei der VTB Bank (Austria) AG wurden im Comprehensive Assessment Kapitallücken festgestellt, die jedoch bereits vor Abschluss der Überprüfung durch Kapitalerhöhungen geschlossen werden konnten.

Zu den wichtigsten Aktivitäten des SSM im Jahr 2015 zählt die erstmalige Durchführung des Kapital- und Liquiditätsadäquanzverfahrens (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und die damit zusammenhängende Vorschreibung harmonisierter SREP-Kapitalquoten für alle

---

<sup>7</sup> Zur Vermeidung plötzlicher und häufiger Wechsel erfolgt der Statuswechsel von bedeutend auf weniger bedeutend grundsätzlich nur dann, wenn die entsprechenden Kriterien in drei aufeinanderfolgenden Jahren nicht erfüllt wurden. Statuswechsel von unbedeutend auf bedeutend erfolgt, wenn in einem Jahr mindestens eines der Kriterien erfüllt ist.

bedeutenden Kreditinstitute nach einer einheitlichen Methodik. Weiters wurde die Durchführung des ambitionierten aufsichtlichen Vor-Ort-Prüfungsprogramms im SSM in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden koordiniert. Zudem startete der SSM im Frühjahr 2015 eine Initiative zur Vereinheitlichung nationaler Wahlrechte und Ermessensspielräume (Options and National Discretions, ONDs), die den nationalen Aufsichtsbehörden im Rahmen der CRR und CRD-IV<sup>8</sup> bei der Auslegung einzelner Bestimmungen eingeräumt werden. Als zuständige Behörde ist die EZB im SSM zur Ausübung dieser ONDs berufen und wird diese ab Frühjahr bzw. Sommer 2016 einheitlich ausüben.

Die von der EZB festgelegten aufsichtlichen Arbeitsschwerpunkte für 2016 liegen auf den Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell und der Ertragskraft, dem Kreditrisiko, der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, Risk Governance und Datenqualität sowie Liquidität.

### **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus vollumfänglich umgesetzt**

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) ist ein System für die wirksame und effiziente Abwicklung ausfallender bzw. ausfallgefährdeter Kreditinstitute. Institutionell baut er auf dem Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB) und dem Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) auf. Mit 1. Jänner 2016<sup>9</sup> übernahm der SRB besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Abwicklungsplanung (einschließlich Beurteilung und Herstellung der Abwicklungsfähigkeit) sowie der konkreten Abwicklung von Kreditinstituten, die von einem Ausfall betroffen oder bedroht sind. Wie beim SSM wird es auch innerhalb des SRM zu einer Arbeitsteilung zwischen dem SRB und den nationalen Abwicklungsbehörden kommen. Der SRB wird für jene Banken zuständig sein, die entweder direkt von der EZB beaufsichtigt werden, grenzüberschreitend tätig sind oder die Mittel aus dem SRF beanspruchen.

Auch in den Fällen der direkten Zuständigkeit des SRB besteht für die nationalen Abwicklungsbehörden die Verpflichtung, den Ausschuss bei der Planung und Durchführung der von ihm gefassten Abwicklungsbeschlüsse zu unterstützen. Zur Sicherstellung der reibungslosen Zusammenarbeit von SRB, FMA (zuständige Abwicklungsbehörde in Österreich) und OeNB wurden im Rahmen der Kompetenzverteilung im SRM-Regime entsprechende Anpassungen in den nationalen Zuständigkeitsregelungen des Bundesgesetzes für Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) vorgenommen. Das BaSAG regelte bislang (anders als beispielsweise das BWG) keine allgemeinen Ermittlungsbefugnisse der Abwicklungsbehörde, sondern legte nur spezifische, auf bestimmte Situationen eingegrenzte Ermittlungsbefugnisse fest. Nunmehr werden auch für die Abwicklungsbehörde solche allgemeinen Auskunfts-, Informationseinholungs- und Einschaubefugnisse festgelegt. Darüber hinaus wird der Abwicklungsbehörde die Möglichkeit zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen eröffnet, wobei sie diese selbst durchführen kann oder alternativ geeignete Sachverständige bzw. die OeNB mit der Durchführung beauftragen kann.

Neben dem SRB wird im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus auch der SRF geschaffen. Eigentümer des SRF ist der SRB, der diesen auch verwaltet. Der SRF wird seit 1. Jänner 2016 durch finanzielle Beiträge der Kreditinstitute gespeist; die individuelle Beitragshöhe errechnet sich auf Basis der Größe und des Risikoprofils des jeweiligen Kreditinstituts. Bis 2024 soll die Zielausstattung von 1% der gedeckten Einlagen aller in den teilnehmenden Mitgliedstaaten

---

<sup>8</sup> Europäische Umsetzungsakte von Basel III: Capital Requirements Regulation (CRR 575/2013, Kapitaladäquanzverordnung) und Capital Requirements Directive (CRD-IV 2013/36/EU-Kapitaladäquanz-Richtlinie).

<sup>9</sup> Das SRB hat bereits im Jänner 2015 seine Tätigkeit aufgenommen, denn die Bestimmungen zur Vorbereitung der Abwicklungsplanung, zur Einholung von Informationen und zur Zusammenarbeit mit den nationalen Abwicklungsbehörden sind seit 1. Januar 2015 anwendbar.

zugelassenen Kreditinstitute erreicht werden. Zu diesem Zweck wurden im BaSAG flankierende Bestimmungen eingeführt, die entsprechende Befugnisse der Abwicklungsbehörde für die Einhebung der Beiträge sowie deren Übertragung auf den SRF vorsehen.

Zu Beginn der Aufbauphase ist der SRF noch in nationale Kammern unterteilt und wird bis 2024 schrittweise zu einem einheitlichen Fonds zusammengeführt. Die Übertragung der nationalen Beiträge auf den einheitlichen Abwicklungsfonds ist nicht in der SRM-VO<sup>10</sup> selbst, sondern in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung geregelt. Die Vereinbarung konnte rechtzeitig bis Ende November 2015 von einer ausreichenden Anzahl teilnehmender Mitgliedstaaten ratifiziert werden und findet somit planmäßig seit 1. Jänner 2016 Anwendung.

## **Einheitliches Europäisches Einlagensicherungssystem nimmt Gestalt an**

Die Europäische Kommission hat im November 2015 einen Vorschlag für ein einheitliches Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) veröffentlicht. EDIS wird auf den gemäß Einlagensicherungsrichtlinie (Deposit Guarantee Scheme Directive, DGSD) harmonisierten nationalen Einlagensicherungssystemen<sup>11</sup> aufbauen. Der einzelne Einleger genießt weiterhin denselben Schutz in Höhe von maximal 100.000 EUR pro Bank im Euroraum.

Das neue System soll sukzessive in drei Stufen eingeführt werden. In Stufe 1 (Rückversicherung) können die nationalen Einlagensicherungssysteme EDIS nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie zuvor alle eigenen Mittel ausgeschöpft haben. EDIS würde über das nationale System hinausgehend zusätzliche Mittel nur bis zu einer bestimmten Höhe bereitstellen. In Stufe 2 (Mitversicherung) würde EDIS beginnend ab 2020 zunehmend zu einer Vergemeinschaftung führen. Ein nationales Einlagensicherungssystem wäre in Stufe 2 nicht mehr verpflichtet, die eigenen Mittel auszuschöpfen, bevor es auf EDIS-Mittel zurückgreifen kann. EDIS würde bereits in dieser Phase einen Teil der Kosten übernehmen. Dieser Anteil erhöht sich schrittweise. In Stufe 3 (Vollversicherung) würde EDIS ab 2024 den vollen Versicherungsschutz übernehmen.

EDIS kann von den Mitgliedstaaten kostenneutral ausgestaltet werden, sodass für die Banken keine zusätzlichen Beitragspflichten entstehen. EDIS wird ohne Ausnahme alle Banken umfassen, die dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) unterliegen, und vom SRB verwaltet, der auch über die Verwendung der EDIS-Mittel und über allfällige Kreditaufnahmen des EDIS zu entscheiden hat. Im Endausbau bis Juli 2024 soll das EDIS-Fondsvolumen nach aktuellen Berechnungen 43 Mrd EUR betragen.

Ein einheitliches europäisches Einlagensicherungssystem ist grundsätzlich zu begrüßen. Damit würde einerseits die auf drei Säulen beruhende Bankenunion – nach Übernahme der Aufsichtsverantwortung für alle Kreditinstitute durch die EZB im Rahmen des SSM im November 2014 und des seit Jahresbeginn vollumfänglichen Wirkens des SRM – vollendet sein. Andererseits sind jedoch vor Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems noch umfassende Vorarbeiten zur Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen<sup>12</sup> zu leisten. Bis dahin kommt den gemäß Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) neu aufgestellten nationalen Einlagensicherungssystemen eine zentrale Rolle zu.

---

<sup>10</sup> Verordnung zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus – VO (EU) 806/2014.

<sup>11</sup> Die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme – RL 2014/49/EU wurde in Österreich durch das Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (ESAEG) umgesetzt.

<sup>12</sup> So sind noch immer einige Mitgliedstaaten hinsichtlich der nationalen Umsetzung der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) sowie der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DGSD) säumig. Zudem gibt es kein harmonisiertes europäisches Insolvenzrecht.

## 3 Tabellenanhang

### Teil 1

Tabelle 1

#### Bruttoinlandsprodukt real<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	3,6	1,5	-3,8	1,9	2,8	0,8	0,3	0,4	0,9	1,2	1,4
Euroraum	3,0	0,5	-4,5	2,1	1,6	-0,9	-0,3	0,9	1,6	1,5	1,6
EU	3,1	0,5	-4,4	2,1	1,8	-0,5	0,2	1,4	1,9	x	x

#### Verbraucherpreisindizes<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	2,2	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	1,4	1,8
Euroraum	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	0,0	0,4	1,0
EU	2,3	3,7	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,5	0,0	x	x

#### Arbeitslosenquoten<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % der Erwerbstätigen										
Österreich	4,9	4,1	5,3	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	5,7	6,2	6,4
Euroraum	7,5	7,6	9,5	10,0	10,1	11,3	12,0	11,6	10,9	10,3	9,9
EU	7,2	7,0	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,2	9,4	x	x

#### Leistungsbilanzsalden<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	3,8	4,5	2,6	2,9	1,6	1,5	1,9	1,9	2,6	3,6	3,5
Euroraum	0,3	-0,6	0,4	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,7	3,4	3,1
EU	-0,4	-1,3	-0,1	0,0	0,3	1,0	1,5	1,6	2,1	x	x

#### Budgetsalden<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	-1,3	-1,4	-5,3	-4,5	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,2	x	x
Euroraum	-0,6	-2,2	-6,3	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,6	x	x	x
EU	-0,9	-2,5	-6,7	-6,4	-4,5	-4,3	-3,3	-3,0	x	x	x

#### Staatsschuldenquoten<sup>1</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	64,8	68,5	79,7	82,3	82,2	81,6	80,8	84,3	86,2	x	x
Euroraum	65,1	68,7	78,5	84,0	86,1	89,5	91,3	92,3	x	x	x
EU	57,8	61,0	73,0	78,4	81,0	83,8	85,5	86,8	x	x	x

Quelle: Eurostat, OeNB, EZB.

<sup>1</sup> 2016 bis 2017: Prognose des IWF, April 2016.

**Zinszahlungen des Staates<sup>1</sup>**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<i>in % des BIP</i>										
Zinszahlungen	3,1	3,1	3,0	3,2	2,9	2,8	2,7	2,6	2,5	2,3

Quelle: Statistik Austria.

<sup>1</sup> Zinszahlungen laut budgetärer Notifikation (Maastricht-Definition), d. h. unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swaps.

**Verschuldung der Haushalte**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>										
Österreich	88,8	88,6	90,2	90,4	94,2	93,5	89,5	89,3	89,1	x
Euroraum	108,5	111,7	112,7	116,5	119,1	119,8	120,1	118,6	117,9	x
<i>in % des BIP</i>										
Österreich	53,1	52,4	53,0	54,3	55,3	53,9	52,4	51,4	51,6	x
Euroraum	64,9	65,8	66,8	71,2	71,3	71,2	71,0	70,0	69,2	x

Quelle: EZB, OeNB.

**Verschuldung des Unternehmenssektors<sup>1</sup>**

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses<sup>2</sup></i>										
Österreich	199,5	209,8	218,1	230,9	230,9	227,5	235,3	244,2	244,8	x
Euroraum	218,8	225,6	237,9	252,4	250,5	248,1	255,6	251,4	254,9	x
<i>in % des BIP</i>										
Österreich	84,1	89,3	91,3	92,4	93,6	92,6	93,8	96,2	95,6	x
Euroraum	92,5	96,2	100,5	103,4	103,6	102,7	104,2	102,5	103,3	x

Quelle: EZB, OeNB.

<sup>1</sup> Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

<sup>2</sup> Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

**Immobilienpreisindex**

	2010	2011	2012	2013	2014	Q3 14	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15
<i>Index 2000=100</i>										
Österreich										
ohne Wien	121,1	124,0	137,4	141,1	145,4	146,5	144,5	150,2	150,1	152,8
Wien	143,9	156,1	180,7	196,3	204,6	202,2	204,4	206,8	208,7	209,0
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
Österreich										
ohne Wien	5,5	2,3	10,8	2,7	3,1	2,6	3,2	4,8	1,9	4,3
Wien	7,8	8,5	15,7	8,7	4,2	2,2	1,0	1,1	0,6	3,4

Quelle: OeNB, Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien.

*Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.*

*Medieninhaber  
und Herausgeber*

*Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
oenb.info@oenb.at  
Tel (+43-1) 40420-6666  
Fax (+43-1) 40420-6698*

*Koordination*

*Matthias Fuchs*

*Wirtschaftsanalyse  
Finanzanalyse*

*Klaus Vondra (Hauptabteilung Volkswirtschaft)  
Gabriele Stöffler (Hauptabteilung Europäische Großbankenaufsicht)  
Tina Wittenberger (Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung)*

*Redaktion*

*Brigitte Alizadeh-Gruber*

*Grafische Gestaltung*

*Abteilung Informationsmanagement und Services*

*Druck und Herstellung*

*Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien*

*DVR 0031577*

*© Oesterreichische Nationalbank, 2016. Alle Rechte vorbehalten.*

*Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.*

*Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.*

*Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.*